

Wir Berlinerinnen

September 2009

Nr. 106

Liebe Ladies,

wir haben Wahlkampf – und niemand merkt es so richtig. Nicht zuletzt deshalb hat sich der LFR zusammen mit dem Deutschen Frauenrat und dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg kürzlich bemüht, die unterschiedlichen Programme der Parteien transparent und möglichst verständlich zu machen. In Ansätzen zumindest ist dies auf dem Wahlforum im Rathaus Charlottenburg am 7. September gelungen. Außerdem hat der LFR natürlich ein wahlkämpfendes Vorstandsmitglied in seinen Reihen: Mechthild Rawert (SPD), die sich nach ihrem Erfolg 2005 gerade zum zweiten Mal um ein Direktmandat im Bezirk Tempelhof-Schöneberg bemüht. Toi, toi, toi, Mechthild!

Am 27. September werden wir zwar immer noch nicht wissen, ob wir von der künftigen Regierung keine oder vielleicht doch eine kraftvolle Frauenpolitik zu erwarten haben. Das hängt zunächst von der Koalitionskonstellation ab und dann natürlich davon, wieviel Frauenpolitik in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben wird. Und da wir bekanntlich wissen, dass Papier geduldig ist, werden wir unabhängig vom Wahlausgang in jedem Fall unermüdlich für unsere Ziele trommeln müssen – im Großen wie im Kleinen. Denken Sie nur an die geradezu irrwitzigen Anstrengungen, die der LFR zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen unternommen hat, um den Senat, speziell den Frauensensor, zu bewegen, das Landesgleichstellungsgesetz einzuhalten – und das zumindest für die Zukunft! Es muss jetzt ein transparentes Verfahren für die Besetzung von Vorstandsposten und Geschäftsführungen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung geben, „um die Positionen nach den Grundsätzen des Landesgleichstellungsgesetzes geschlechtergerecht zu besetzen“. Whow! Welch' tolle Erkenntnis, dass es dieses Beschlusses des Abgeordnetenhauses im Juni bedurfte, um den Senat künftig zur Gesetzestreue zu bewegen. IBB- wie BVG-Vorstand bleiben natürlich bis auf Weiteres frauenfrei.

Liebe Ladies, Sie können mir wirklich glauben: Ich habe nichts gegen Männer! Es gibt nur zu viele auf wichtigen Posten in dieser Stadt.

Herzlichst Ihre



Berlin e.V.



30 Jahre

LandesFrauenRat

Festveranstaltung: Ungarn öffnet die Grenze

♦ Was für ein schönes Geschenk: Im September 1989 fiel der Stacheldraht zwischen Ungarn und Österreich und gab zwei Monate vor dem Mauerfall in Berlin den Weg frei in die Freiheit für viele DDR-Bürger. Und 20 Jahre später erscheint der ungarische Staatspräsident László Sólyom in Berlin und bringt das berühmte 100-köpfige Zigeunerorchester aus Ungarn mit. Im Haus der Kulturen spielten 99 überaus gewichtige Herren in bunten Folkloregewändern und eine zierliche Frau ungarische Tänze und Rhapsodien von Brahms und Liszt, Horváths „Zigeunerfeuer“ und Johann Strauss „Es lebe der Ungar“. Da hielt es selbst den Bundespräsidenten nicht auf seinem Sitz. Horst Köhler zeigte sich ebenso begeistert wie seine Frau Eva und am meisten freute sich darüber wohl der langjährige Botschafter Ungarns in Berlin Sándor Peisch. Die präsidiale Begeisterung galt auch der einmaligen Interpretation des Deutschlandliedes und sie wurde geteilt von Bischof Wolfgang Huber, Walter und Anne Momper, CDU-Wahlkämpferin Monika Grütters, Ex-Minister und Ex-Bahnvorstand Otto Wiesheu aus Bayern und noch Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski aus Thüringen. Wie sagte László Sólyom in seiner in Deutsch gehaltenen Ansprache: „Ich habe noch den Jubel vieler glücklicher Menschen vor 20 Jahren im Ohr.“ Am 9. September 2009 gab es erneut Jubel. Auch diesmal wieder für ein wunderbares Geschenk aus Ungarn.

„20 Jahre Mauerfall“

**Dr. Christine Bergmann
im Gespräch**

Veranstaltung des LFR Berlin und
des FPR Brandenburg

am 17. Oktober 2009
von 14 bis 17 Uhr

im Rathaus Pankow,
Breite Straße 26, 13187 Berlin

Inhalt

Thema	
Bundestagswahl 2009	Seite 11 bis 15
Extra: Frauen in der Krise	
Studien und Informationen	Seite 22 bis 23
LFR Jubiläum	
Dokumentation Ehemaligentreffen	Seite 7 bis 10
LFR Aktuell	
LFR Berlin bei der KLFR 2009	Seite 4
Stellenbesetzungen und kein Ende	Seite 5
Aktenübergabe an FFBIZ	Seite 6
Glückwunsch an Berliner Universitäten	Seite 7
Berlin	
Tagungen zur Mehrfachdiskriminierung	Seite 16
Ausschreibung Frauenpreise	Seite 16
Senat beschließt Masterplan	Seite 17
Systematische Gleichstellungspolitik	Seite 18
Frauenpolitik national	
Nachruf: Hanna Beate Schöpp-Schilling	Seite 19
Adoptionsrecht für Lebenspartnerschaften?	Seite 20
Erfolgsmodell Gründerinnenförderung	Seite 21
Frauenpolitik international	
Gewalt gegen Frauen in Europa	Seite 24
Weniger Diskriminierung am Arbeitsplatz	Seite 25
Verbände auf einen Blick	
kfd: Besuch aus Weißrussland	Seite 27
Helga-Moericke-Preis 2009	Seite 28
40 Jahre LFR Baden-Württemberg	Seite 29
Brandenburgische Frauenwoche 2010	Seite 30
Frauenkriminalität und Frauenvollzug	Seite 30
Rubriken	
Impressum	Seite 2
LFR unterwegs	Seite 3
Neues aus dem UCW	Seite 26
Tipps	Seite 20, 21
Aufgespießt	Seite 31

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V.

Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin

Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de

www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de

Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Andrea Spangenberg, Anneliese Wolf, Mechthild Rawert, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 17.09.2009

Bummel über Berliner Sommerfeste

♦ Petrus ist wohl doch nicht bestechlich. Obwohl Rudolf Steinke als Initiator des alljährlichen Sommerfestes der Berliner Wirtschaftsgespräche (BWG) verkündete, er habe dem Wettergott eine nicht unbeträchtliche Summe zukommen lassen, verdüsterte sich kurz darauf der Himmel über der Kastanienallee. Hier zeigte sich die Qualität von Organisatorin Alexandra Hinxlage: Umgehend wurden BWG-blaue Kurzschirme verteilt. Dass die nicht zum Einsatz kamen, führte Staatssekretärin Barbara Kisseler auf die Wetterwirksamkeit ihrer Begrüßungsworte zurück. Und auch der BWG-Vorstandsvorsitzende, Parlamentspräsident Walter Momper, musste seinen roten Schal nicht aus dem Auto holen. Dort hat er seinen praktischen „Eratzausweis“ in der wärmeren Jahreszeit nämlich deponiert. Gutes Essen und Trinken allein aber hatte die 650 angemeldeten Gäste am 20. Juni nicht zum Prenzlauer Berg gezogen. Im Mittelpunkt des Sommerfestes stand eindeutig die Kunst. Das Spektrum reichte von Kabarett – Die Distel – bis Musical – das Grips-Theater mit dem Evergreen „Linie 1“ – und natürlich dem Wettbewerb „Ein kreativer Blick auf das ungeteilte Berlin“. 20 Bilder hatten es in die Endauswahl geschafft, drei von ihnen hatte eine 14-köpfige Jury unter Vorsitz von Juliane von Friesen nach intensiven Diskussionen als Preisträger ausgewählt, was das Publikum allerdings nicht erfuhr. So hatten die Gäste die Möglichkeit, aus allen 20 Exponaten der Endrunde ihren Favoriten zu wählen. Per Wahlzettel stimmten sie für Sabine von der Bank und ihr Bild „Museumsbesuch“. Damit erhielt die Künstlerin nicht nur das Preisgeld von 1.000 Euro für den 3. Platz der Jury, sondern weitere 2.000 Euro für den mit viel Applaus bedachten Publikumspreis. Applaus gab es selbstverständlich auch für Preisträger Nr. 2 Max Thielmann und sein Bild „Changes“ sowie für den Jury-Sieger Fred Hüning und „german fall“. Beide erhielten ein Preisgeld von 2.000 bzw. 3.000 Euro für ihre bemerkenswerten Arbeiten, die als Plakate ausgestellt von der Wall AG sowie als Poster, Kalender und Postkarten auch ein

noch größeres Publikum erreichten. Erleichterung und Entspannung machten sich bei Künstlern, Organisatoren sowie der Moderatorin des Festes, Petra Schwarz, anschließend breit. Der Einzige, der weiter angestrengt wirkte, war Rudolf Steinke: Er war offenbar in Gedanken schon dabei, das Sommerfest 2010 zu konzipieren.

Berliner Festspiele

Gelb war die Farbe des Festes, bunt war die Schar der Gäste, deren Alter von Null bis 90 und darüber (geschätzt) reichte. 3.000 waren zum 2. Sommerfest der Berliner Festspiele gepilgert, um sich am Puls der Künste bei „Party & Talk“, „Musik & Performance“ sowie „Gastronomie & Kunst“ auf einem „Parcours des Artes“ zu vereinen. Ihn bewältigte sozusagen spielend Musiker und Entertainer Mark Scheibe ebenso wie die aktiven oder ehemaligen Kulturpolitiker Monika Grütters, Michael Naumann und Christina Weiss. Starfriseur Udo Walz wurde vorlesend in der Piscatorloge

gesichtet, Tagesspiegel-Autor Harald Martenstein tat es ihm im Intendantenzimmer gleich. Und wo es Kunst zu bestaunen gibt, kann Staranwalt Peter Raue nicht weit sein. Der Auktionator aus Leidenschaft versteigerte „Kunst- und Kulturobjekte“, darunter einen Dirigentenstab von Sir Simon Rattle. 4.250 Euro kamen dabei am 27. Juni an der Schaperstraße zusammen und gingen an die „Gelbe Villa“, ein Kinder- und Jugendprojekt in Kreuzberg. Die gelben Bänder flatterten noch bis in den späten Abend am Haus der Berliner Festspiele.

Förderverein des Herzzentrums

Der Schutzengel „Herzenssache“ der Künstlerin Ulrike Völkl-Fischer konnte ihn nicht aufhalten. Er wurde genauso nass, wie viele der annähernd 100 Gäste. Diese drängten sich im Sommergarten des Westin Grand-Hotels zum Auftakt des „Spanischen Sommernachtsstraums“ unter den wenigen Schirmen und einem kleinen Pavillon bei subtropischen Temperaturen weiter auf Seite 4

Ladies Lunch der FDP-Fraktion

♦ Tropische Temperaturen im hochsommerlichen Berlin, aber wer eine Einladung ergattert hatte, kam um die Mittagszeit in die Parlamentarische Gesellschaft. Gegenüber im Reichstag wurden die letzten Gefechte vor der Sommerpause und der Wahlkampfauftakt ausgetragen, aber beim zweiten Ladies Lunch der FDP-Bundestagsfraktion war einfach nur Frauenpower angesagt. Dafür sorgte am 1. Juli vor allem Ursula Weidenfeld. Die erste Chefredakteurin von „Berlin maximal“ zeigte sich sichtlich genervt vom „Pay Gap“, wonach Frauen in der Wirtschaft nach wie vor fast ein Viertel weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Ein der konservativen Politik geschuldetes Ehegattensplitting sei ebenso ursächlich für die Benachteiligung von Frauen wie die Teilzeit-Falle, in die Frauen teils freiwillig, teils wegen fehlender Kinderbetreuungsangebote gezwungen werden würden.

Dem schloss sich Mieke Senftleben, Chefin der Liberalen Frauen, umgehend an und ermahnte Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen, die Stolpersteine für Frauen endlich aus dem Weg zu räumen. Applaus erhielten beide Ladies nicht nur von der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Martina Köppen, sondern auch von der früheren Berliner Justizsenatorin, Karin Schubert, und der als Frauen-Netzwerkerin ausgewiesenen Anwältin Martina Haas sowie Unternehmerin Regine Sixt. Die der Hitze trotzenden Gäste waren ausnahmslos einverstanden, unter ihnen auch eine wahrscheinlich noch von ganz anderen Sorgen bezüglich der Frauen ihres Landes geplagten Gesandten Indiens, Renu Pall. Alle bedankten sich artig bei Gastgeberin Cornelia Pieper und regten an, über kleine Wahlkampfgeschenke in Form luftzuführender Fächer nachzudenken.

JvF

Berliner Sommerfeste

weiter von Seite 3

turen auf engstem Raum zusammen, während die Hotel-Crew versuchte, Paella, Pata Negra und andere Köstlichkeiten des Barbecues zu retten. Alles rückte im wahrsten Sinne des Wortes noch enger zusammen, obwohl ohnehin Zusammenhalt eine der Stärken der gastgebenden Gesellschaft der Freunde des Deutschen Herzzentrums Berlin e.V. ist. Als der Regenschauer sich verzogen hatte und die Sonne am 2. Juli wieder über der noch dampfenden Terrasse lachte, begrüßte Präsident Peter Fissene wert die der Nässe trotzenden Freundinnen und Freunde. Doch die Werbung um Organspenden überließ der Jurist lieber dem Fachmann: der Ärztliche Direktor des Herzzentrums, Professor Roland Hetzer, warb ungeachtet der lockeren Stimmung mit ernstesten Worten sehr eindringlich um mehr Bereitschaft zum Organspenden. Dann jedoch fiel der Startschuss zur Erstürmung des üppigen spanischen Bufetts und bei Flamenico-Klängen des Micado Quartetts hieß es nur noch: Viva España. Auch Engel „Herzenssache“ lachte nun wieder – trocken.

Familienfest zum Firmenjubiläum

Was passiert, wenn Leoparden mit Blumenwiesen, Mäuse mit Krokodilen und Fußbälle mit Prinzessinnen zusammentreffen? Wenn alle Kochmützen tragen und das Treffen in einem grasgrünen Doppeldeckerbus stattfindet, ist das Ergebnis eine Superpizza. So geschehen am 11. Juli im Haus der Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Röver-Brönnner in Halensee. Über 100 Kinder tummelten sich auf dem großzügigen Gelände nahe der Autobahn, denn Röver-Brönnner hatte alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum großen Familienfest eingeladen. Anlass dazu gab es genug. Zum einen wurde das 90-jährige Bestehen gefeiert, zum anderen die Zertifizierung als familienfreundliches Unternehmen durch das Bundesfamilien- und das Bundeswirtschaftsministerium. Dass bei dieser Arbeitgeberin Beruf und Familie zu vereinbaren sind, daran kann kein Zweifel

weiter auf Seite 6

Der Landesfrauenrat bei der KLFR 2009

♦ „Artikel 3 GG Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – unter diesem Motto findet im Rahmen der Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) in Magdeburg am Sonnabend, dem 19. September, eine öffentliche Fachtagung statt. Dabei können die Teilnehmerinnen mit Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a. D., Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin von Terre des femmes, und Dr. Gerlinde Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, sowie Eva Maria Welskop-Deffaa, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ins Gespräch kommen. Das Thema sei für alle gleichstellungspolitisch engagierten Frauen in Deutschland Ansporn und Motivation gleichermaßen, betont die Vorsitzende des einladenden LFR Sachsen-Anhalt, Ute Fischer. „60 Jahre Grundgesetz und 15 Jahre Erweiterung Artikel 3. Vor 15 Jahren konnte nur durch gemeinsame frauenpolitische Ost-West-Aktivitäten erreicht werden, dass auch die Aufgabe und Verpflichtung des Staates, etwas für

Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen, in unserer Verfassung verankert wurde.“ Allerdings würden Gesetzestexte allein noch keine neue Lebenswirklichkeit schaffen. Daher soll die diesjährige KLFR „mit geballter Frauenkompetenz wichtige gesamtgesellschaftliche Impulse setzen“, so Fischer. Es gelte, die Lebensrealitäten von Frauen in den verschiedenen Bundesländern zu analysieren, Veränderungsstrategien und gemeinsame Forderungen zu beraten und das weitere Vorgehen in gemeinsamen Aktionen vorzubereiten.

Die Fachtagung ist für alle Interessierten offen, wohingegen die KLFR-Delegierten aus den 16 Bundesländern bereits am Vortag, dem 18. September, erstmals zusammenkommen. Sie setzen ihre Beratungen am Sonntag, dem 20. September, fort. An diesem Tag werden auch die Anträge an die Konferenz behandelt.

Der LFR Berlin ist über die drei Sitzungstage durch Schatzmeisterin Anneliese Wolf sowie am Sonntag durch die Vorsitzende Juliane von Friesen vertreten. sbr

Antrag der Landesfrauenräte von Berlin, Sachsen-Anhalt, Brandenburg an die Konferenz der Landesfrauenräte 2009

Die Konferenz der Landesfrauenräte möge beschließen:

Die Landesfrauenräte setzen sich gegenüber ihren jeweiligen Landesregierungen und Landesparlamenten für die Erstellung von frauen- und gleichstellungspolitischen ressortübergreifenden Rahmenprogrammen oder Richtlinien ein, mit dem Ziel, vorhandene Projekte der verschiedenen Politikbereiche zusammen zu fassen und koordiniert weiter zu entwickeln sowie Gleichstellungspolitik in allen Ressorts zu verankern.

Begründung:

Gleichstellungspolitik ist Querschnittspolitik, die Landesregierungen und -verwaltungen sind zu Gender Mainstreaming (GM) verpflichtet. Allerdings ist die GM-Umsetzung in der Regel in den verschiedenen Ressorts unterschiedlich fortgeschritten, meist bemühen sich einzig die für

Frauenpolitik zuständigen Verwaltungen darum. Appelle an andere Politikbereiche verhallen ungehört. Die Erfahrungen bei der Erstellung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Landes Berlin stützen diese Darstellung: Die verschiedenen Senatsverwaltungen haben dazu Zuarbeiten im Umfang zwischen einer bis zehn Seiten Konzeptpapiere geliefert. Nachdem Berlin in einem viele Monate dauernden Entwicklungs- und Abstimmungsprozess, der teils von NGOs begleitet worden ist, dieses Rahmenprogramm erarbeitet hat und nun in einem Masterplan umsetzen will, sollten weitere Bundesländer diesem Beispiel folgen. Die Landesfrauenräte sind dabei Impulsgeber. Diese Initiative sollte bundesweit aufgegriffen werden, um die Entwicklung hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft weiter zu forcieren.

Stellenbesetzungen und kein Ende

Briefwechsel mit dem Frauensensor

♦ Nach der heftigen Debatte um die rechtswidrige Besetzung eines BVG-Vorstandspostens (wir berichteten ausführlich in WB Nr. 105) schlägt das Thema neue Wellen – diesmal ist die Stellenbesetzung im IBB-Vorstand Stein des Anstoßes. Im folgenden veröffentlichen wir ein Schreiben der LFR-Vorsitzenden Juliane von Friesen an Frauensensor Harald Wolf (Die Linke) vom 12. August 2009 im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Senator Wolf, das Land Berlin hat sich zu einer aktiven Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet. Sie selbst haben dies als Frauensensor in der Vergangenheit immer wieder betont und weisen bei den LGG-Jahresveranstaltungen regelmäßig auf die gleichstellungspolitischen Erfolge des Se-

nats hin, insbesondere bei den Stellenbesetzungen innerhalb der Verwaltung, aber auch bei der Neubesetzung von Aufsichtsräten.

Bei der Besetzung von Leitungsfunktionen sowie Vorständen, Beiräten, Aufsichtsgremien und anderen Organen landeseigener Unternehmen und von Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung Berlins sind die rechtlichen Vorgaben für die Gleichstellung von Männern und Frauen uneingeschränkt umzusetzen. Dabei müssen die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen und die geschlechtsparitätische Besetzung oberstes Ziel sein. Bei der Besetzung des zum Monatsende frei werdenden Vorstandspostens bei der Investitionsbank Berlin (IBB) ist zwar wie auch vom Landesfrauenrat gefordert die Stelle öffentlich ausgeschrieben worden.

Allerdings haben Sie erneut einem Mann den Vorzug gegeben, obwohl die Öffentlichkeit etwas anderes von Ihnen erwartet hat. Diese Stellenbesetzung ist tatsächlich sogar ein Rückschritt, da der IBB-Vorstand bisher geschlechterparitätisch besetzt war.

Trotz aller Bekenntnisse bleibt es dabei: Männer entscheiden zugunsten von Männern und behaupten hinterher, es sei keine qualifizierte Frau zu finden gewesen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf § 5 des Landesgleichstellungsgesetzes hinweisen, nach dem bei Unterrepräsentanz von Frauen diesen bei gleichwertiger Qualifikation der Vorzug zu geben ist. Dies ist offensichtlich nicht beachtet worden.

Freundliche Grüße
Juliane von Friesen

♦ Frauensensor Wolf nimmt in einem Brief an die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen Stellung zu den Debatten der vergangenen Wochen, insbesondere auch zur Besetzung eines IBB-Vorstandspostens. Im Folgenden veröffentlichen wir das Schreiben vom 10. September 2009 im Wortlaut:

Sehr geehrte Frau von Friesen, ich habe die Kritik an der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) bei der Besetzung von Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen aufmerksam zur Kenntnis genommen und möchte auch mit Blick auf die Besetzung des Vorstandspostens bei der Investitionsbank Berlin (IBB) folgendermaßen dazu Stellung nehmen:

Die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen in Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen sowie den Aufsichtsgremien der Anstalten des öffentlichen Rechts sowie den Unternehmen, an denen das Land Berlin eine Mehrheitsbeteiligung hält, ist ein wesentliches Ziel der gleichstellungspolitischen Aktivitäten in dieser Legis-

laturperiode, für das ich mich als für Frauenpolitik zuständiges Senatsmitglied einsetze. Die aktuellen Zahlen zum Frauenanteil in den Chefetagen und der aktuelle Fall der Besetzung des Vorstandspostens bei der IBB zeigen, dass verstärkte Aktivitäten nötig sind, um den Frauenanteil in diesem wichtigen Bereich zu erhöhen. Auf den Druck oder die Erwartung der Öffentlichkeit hin, eine Stelle unbedingt mit einer Frau zu besetzen – wie bei der IBB von Ihnen gefordert – ist meiner Meinung nach jedoch nicht zielführend und zu kurz gegriffen. Es gilt vielmehr langfristig effiziente Maßnahmen der Förderung zu entwickeln, damit Frauen in die Führungsebenen gelangen.

Ich habe daher eine Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes auf den Weg gebracht. Zukünftig sollen für die Besetzung von Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen Frauen gezielter angesprochen und das Verfahren transparenter werden; auch die Frauenvertreterinnen sollen in diese Verfahren miteinbezogen werden. Klar ist allerdings auch, dass der geringe Anteil von Frauen auf diesen Positio-

nen auch die strukturell bedingte Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen, insbesondere bei Banken, widerspiegelt. Effektive Maßnahmen zur Herstellung von Gleichstellung müssen daher im Sinne einer langfristigen Personalplanung weit früher ansetzen. Auch hier geht die geplante Änderung des LGG einen Schritt weiter als bisher, indem vorgesehen wird, dass Frauenförderpläne in die Personalentwicklungsplanung einzubeziehen sind. Für den öffentlichen Bereich gilt dies direkt; aber auch die privatwirtschaftlichen Beteiligungsunternehmen werden zukünftig stärker an die Vorgaben des LGG gebunden werden. Sie sehen also, dass es mein Bestreben ist, langfristig effiziente Maßnahmen zur Förderung qualifizierter Frauen zu entwickeln und umzusetzen. Ich bin im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit an der fachlichen Einschätzung des Landesfrauenrates im Hinblick auf das weitere Gesetzgebungsverfahren sehr interessiert.

Mit freundlichen Grüßen
Harald Wolf

Berliner Sommerfeste

weiter von Seite 4

bestehen: der Altersdurchschnitt der jüngeren Anwesenden dürfte sich im einstelligen Bereich bewegt haben. Sie wurden aufs Beste versorgt, sei es im Still- und Wickelzentrum oder in der Hüpfburg, im Mitmach-Zirkus der Familie Hein oder im Schminkzimmer. Dort wurden die Kinder in wahre Zauberwesen verwandelt. Wenn sie sich nicht gar als Artisten versuchten: in der Manege schlugen nämlich Äffchen ebenso Purzelbäume – Verzeihung: „Salto mortadella“ – wie Zirkusprinzesschen. Kaum zu glauben bei Eltern, die als Steuerberater oder Wirtschaftsprüferinnen arbeiten.

Hoffest im Berliner Rathaus

Sie schienen um die Wette zu strahlen: die milde Spätsommersonne und Christine Bergmann. Die frühere Berliner Bürgermeisterin und Bundesfamilienministerin war am Vortag 70 Jahre alt geworden und weder dies Alter noch die Strapazen der Geburtstagsfeier waren ihr in irgendeiner Weise anzusehen. Ganz wetterunabhängig zeigte sich wie immer gutgelaunt der Regierende Bürgermeister als Hausherr des neunten Hoffestes. An seiner Seite sah man Frankreichs Botschafter Bertrand de Montferand und mit weißer Gerbera Designerin Giovanna Stefanel. Feste Größe der selbst durch das andauernde S-Bahn-Chaos nicht zu trübenden Feierstimmung waren Senatoren und Ex-Senatoren, allen voran der heutige Bundesbanker Thilo Sarrazin. BSR-Chefin Vera Gäde-Butzlaff, RBB-Intendantin Dagmar Reim sowie Eric Schweitzer und seine Unternehmerkollegen Ludwig Stoffel und Jörg Woltmann nutzten die Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen in kürzester Zeit. FDP-Bildungsexpertin Mieke Senftleben musste zu ihrem Bedauern von ihrer Hoffest-Stippvisite noch zu einem Wahlkampftermin, wohingegen Kulturstatssekretär André Schmitz einfach die arbeitsfreie Atmosphäre an seiner alten Wirkungsstätte genoss. Apropos: Wer hatte wohl dafür gesorgt, dass am 8. September ausgerechnet die Bolschewistische Kurkappe Schwarz-Rot im Berliner Rathaus aufspielte, das die Berliner unberrührt das Rote nennen? JvF

Aktenübergabe an FFBIZ

♦ Die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen und die Leiterin des Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrums (FFBIZ), Prof. Dr. Ursula Nienhaus, haben bei der LFR-Vorstandssitzung am 14. Juli 2009 einen Vertrag unterzeichnet, der die Archivierung der Akten des LandesFrauenRates Berlin e.V. im FFBIZ vorsieht. Die Akten werden in der Einrichtung sachgerecht gelagert und sollen dort perspektivisch aufbereitet werden. Zum Bestand gehören einige wenige Dokumente der LFR-Gründungsphase inklusive der Gründungsurkunde und des Gründungsprotokolls, diverse Briefwechsel und Pressemitteilungen ab 1992, Übersichten zu den Mitgliedsorganisationen und Unterlagen zu den Vorstandswahlen sowie Aufzeichnungen zur Vorstandsarbeit und den Mitgliederversammlungen ab 1988. Im

FFBIZ wird bereits die LFR-Verbandspublikation „Wir Berlinerinnen“, die seit 1982 erscheint, gesammelt. Die Akten werden dem FFBIZ Anfang Oktober übergeben und stehen dann der Öffentlichkeit für Forschungszwecke zur Verfügung – unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen. Das FFBIZ besteht seit 1978, ist also nur ein Jahr älter als der LFR Berlin. Beide verbindet eine spannende Gründungszeit nach der aufsehererregenden ersten Berliner Konferenz der traditionellen Frauenverbände und autonomen Frauengruppen 1977. Der Name der Einrichtung ist Programm, wobei sie ihre Aktivitäten inzwischen auf das Archiv konzentriert. Dieses hat sein Domizil im Haus des Archivs der Heinrich Böll Stiftung – Grünes Gedächtnis – , Eldenaerstrasse 35 III, 10247 Berlin. sbr

Glückwunsch an Berliner Universitäten

♦ Der Anteil von Frauen auf den wissenschaftlichen Karrierestufen an der Freien Universität liegt nach Gleichstellungsaspekten weit über dem Bundesdurchschnitt. Dies geht aus dem Hochschulranking des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) Ende Juni hervor. Danach liegt der Anteil der Frauen an den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wie auch unter den Studierenden an keiner deutschen Universität so hoch wie an der FU, die die Spitzengruppe der bundesdeutschen Hochschulen mit 13 von 14 Punkten anführt. Damit nicht genug: Die Technische Universität führt die bundesweite Rangliste der technischen Hochschulen an, die Universität der Künste ist bei den Kunsthochschulen Spitze. Die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen hat allen drei Universitätspräsidenten zu ihren Spitzenplätzen gratuliert. „Seit nunmehr 30 Jahren verfolgen wir die Entwicklung auch und gerade von Forschung und Lehre in unserer Stadt aus frauen- und gleichstellungspolitischer Perspektive. In den vergangenen Jahren haben die Berliner Hochschulen hier nahezu einen Quantensprung vollzogen, wenn auch unter dem Druck des sich

abzeichnenden Fachkräftemangels und der wachsenden internationalen Konkurrenz um schlaue Köpfe und Ideen“, heißt es in den drei Schreiben. „Wir möchten Sie darin bestärken, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu gehen.“ Das CEWS-Ranking beruht auf quantitativen Daten aus dem Jahr 2007. Bewertet wurden die Hochschulen und Länder mit Blick auf Studierende, Promotionen, Habilitationen, wissenschaftliches und künstlerisches Personal und Professuren. Besonders berücksichtigt wurden Veränderungen im Zeitverlauf beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal sowie bei den Professuren. Zielsetzung ist, die Leistungen der Hochschulen im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern kontinuierlich zu vergleichen. Die regelmäßige Veröffentlichung des Ranking im Abstand von zwei Jahren macht Veränderungen und Trends sichtbar. Darüber hinaus stellt das CEWS seine aktuellen Ergebnisse in Beziehung zu anderen gleichstellungspolitischen Bewertungen, wie sie durch das Professorinnen-Programm von Bund und Ländern oder dem Total E-Quality Prädikat vergeben werden. sbr



Stimmungsvolles Ehemaligentreffen am Gründungstag

♦ Das war eine Freude, ein großes Hallo und Guten Tag am 9. Juli 2009 im Rathaus Schöneberg: Vor genau 30 Jahren, am 9. Juli 1979, hatte die Arbeitsgemeinschaft Berliner Frauenverbände an diesem Ort mit einem einstimmigen Beschluss den LandesFrauenRat Berlin e.V. als Dachverband der Frauenorganisationen im damaligen (West-)Berlin gegründet. Grund genug für ein Treffen der ehemaligen LFR-Aktiven – und viele kamen: Allen voran Gertraud Schilling (rechtes Foto unten), die einst dem Gründungsvorstand angehörte und von der ersten LFR-Vorsitzenden, der unvergessenen Johanna Lemke, 1983 den Vorsitz übernahm. Sie berichtete aus der spannenden Anfangszeit des LFR Berlin, in der sie die Funktion einer Pressesprecherin wahrnahm – weil sie den Platz für ein erstes Verbandsbüro zu Hause hatte. Zuvor hatten bereits Anneliese Wolf, Bruni Hähnelt und Gisela Stange (Fotos unten von links nach rechts) Begebenheiten

aus ihrer Erinnerung erzählt hatten. Zu dem Treffen waren auch die früheren LFR-Vorsitzenden Dagmar König und Marlies Brouwers gekommen ebenso wie Evelyn Dinger, in den Jahren 1992 bis 1997 Beisitzerin im LFR-Vorstand und von 1997 bis 1999 stellvertretende Vorsitzende. Viele langjährige Delegierte und die Vorsitzenden von Mitgliedsorganisationen, Ebba Christiansen (Berliner Frauenbund 1945), Alheidis Prelinger (Deutscher Verband Frau und Kultur) und Adelheid Simon (InVia) nahmen teil und tauschten sich bei einem zweiten Frühstück aus. „Allen Dank für die engagierte Arbeit, Sie alle haben den LFR Berlin maßgeblich mit Ihren Ideen, mit Ihrem ehrenamtlichen Engagement geprägt. Sie haben sich erfolgreich in frauen- und gleichstellungspolitische Debatten in dieser Stadt eingemischt“, würdigte die aktuelle LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen die Leistungen der Teilnehmerinnen. Und sie erhielt zum Dank

und symbolisch für alle aktiven LFR-Frauen einst und heute einen großen Blumenstrauß von Ursula Hasecke, der Frauenbeauftragten von Tempelhof-Schöneberg, auf deren Einladung der LFR ins Rathaus Schöneberg gekommen war.

Zum Schluss konnte, wer wollte, dort einen Blick in Raum 2113 werfen, dem eigentlich Gründungsort des LFR. An der Führung „Frauenpflaster Schöneberg“ nahmen leider nicht mehr so viele Frauen teil. Der Weg gestaltet mit den fachkundigen Hinweisen von Gudrun Blankenburg führte über den Viktoria-Luise-Platz bis zum Pestalozzi-Fröbel-Haus – 1908 Gründungstätte der heutigen Alice-Salomon-Hochschule Berlin durch Alice Salomon.

Übrigens: Insgesamt haben die Teilnehmerinnen 349 Euro für das Jubiläumsgespendet. Als Dankeschön und Erinnerung an die schöne Veranstaltung ist eine Foto-CD mit Aufnahmen des Treffens unterwegs. sbr



Politische Macht von institutionalisierten Netzwerken

Carola von Braun anlässlich des Ehemaligentreffens am 9. Juli 2009

Seit seiner Gründung hat der LandesFrauenRat Berlin gemeinsam mit zahlreichen Akteurinnen für die Einrichtung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstelle des Senats beim Regierenden Bürgermeister gestritten. Ein Referat Frauenpolitik beim Senator für Gesundheit, Soziales und Familie war zunächst für Frauenbelange zuständig. Daraus wurde nach zähen Debatten eine Frauenbeauftragte des Senats, die am 1. Oktober 1984 beim Familiensenator ihren Dienst antrat: Carola von Braun, die dieses Amt bis 1990 innehatte. Aus Anlass des 30-jährigen Bestehens der LFR Berlin blickte sie auf gemeinsame Initiativen, auf Konflikte und Erfolge zurück – eine Außensicht auf den LFR, vorgetragen beim Ehemaligentreffen am Gründungstag.

Liebe Juliane von Friesen, liebe Aktive, liebe Mitstreitende in Sachen Gleichberechtigungspolitik, der LandesFrauenRat feiert heute den 30. Jahrestag seiner Gründung am 9. Juli 1979. Dazu gratuliere ich mit großem Respekt und Anerkennung, der LandesFrauenRat war und ist im hochaktiven Frauennetzwerk Berlins, das bundesweit immer noch seinesgleichen sucht, nicht nur das Dach, er ist häufig auch der Motor gewesen für viele Neuerungen, Erfolge, Verbesserungen, die Sie mit Ihren Gründungsmitgliedern und -verbänden für die Frauen in unserer Stadt durchgesetzt haben.

Als Juliane von Friesen mich fragte, ob ich bei der heutigen Veranstaltung berichten könnte aus der Zeit der Zusammenarbeit, als ich als erste Frauenbeauftragte Berlins viel mit dem LandesFrauenRat zusammengearbeitet habe, habe ich deshalb gerne zugesagt.

Aber dann war mir schnell klar, dass ich dafür in das Archiv des LandesFrauenRates einsteigen muss und das habe ich mit wachsendem Ver-

gnügen getan. So ein Eintauchen in die alten Schlachten und Erfolge macht einfach Freude und weckt viele positive Erinnerungen, allen Mitstreiterinnen dieser Jahre kann ich das nur empfehlen.

Ein Blick in dieses Archiv zeigt - das übrigens eine Kostbarkeit ist mit allem, was ab 1982 in „Wir Berlinerinnen“ steht -, wie viel Einfluss der LFR und seine Gründungsmitgliedsverbände auf die konkrete Politik in der Stadt hatten und haben, wie ein institutionalisiertes politisches Netzwerk wächst, in einer klugen disziplinierten Zusammenarbeit über alle politischen und fachlichen Unterschiede hinweg. Ich möchte Sie gerne an einige solcher Beispiele erinnern. Ich möchte mich dabei auf die Jahre konzentrieren, die ich persönlich aus der Nähe erlebt habe, auf die 1980er Jahre, als die Frauenbewegung die vielleicht einflussreichste Phase ihrer Geschichte hatte. Dabei muss ich notgedrungen eine Auswahl vornehmen, aus der Außensicht einer Kooperationspartnerin in den 80er Jahren.

Schon die Versammlung der Mitgliedsverbände und ihrer Gründungsvorsitzenden Johanna Lemke, die weit über den LFR hinaus eine angesehene politische Persönlichkeit in Berlin war, die ich auch persönlich sehr geschätzt habe, liest sich wie ein Who is Who der damaligen politischen Frauenverbandslandschaft. Wenn Sie zum Beispiel den interessanten Bericht „Arbeitssituation von Frauen in Berlin“ von 1983 aufschlagen, wo viele Aktivitäten einiger Mitgliedsverbände im Bereich der Weiterbildungs- und Selbsthilfemaßnahmen aufgelistet sind, und vor allem die Themen, auf die diese Maßnahmen gerichtet waren, dann bekommen wir einen Eindruck, wieviel schon damals vom LFR selbst oder von seinen Mitgliedsverbänden geleistet und verantwortet wurde, und leider auch wieviele dieser Themen noch heute relevant sind. Ich nenne nur eine Auswahl:

Aus- und Weiterbildung, Bildungsangebote

- ⇒ Hilfs- und Weiterbildungsangebote für alleinerziehende Väter und Mütter,
- ⇒ umfangreiches Angebot an politischen Gesprächskreisen und Weiterbildungsangebote für Frauen aus allen Lebenslagen,
- ⇒ Aus- und Weiterbildungs-Angebote für türkische Mädchen und Frauen für die häusliche Krankenpflege, (vom LFR selbst verantwortet),
- ⇒ Berufsrückkehrerinnenangebote (von Ärztinnen bis zu anderen Qualifikationen),
- ⇒ Aus- und Weiterbildungsangebote für die Hauswirtschaft für arbeitslose Geringqualifizierte,
- ⇒ Selbstbehauptungstrainingsangebote und und und.

Schon das also ein breites Spektrum an Aktivitäten, die zeigen, wie weit der LFR in das Leben vieler Berlinerinnen hineingewirkt hat. Das gilt erst recht für den noch größeren Bereich der politischen Arbeit. Auch hier zeige ich nur eine Auswahl.

Politische Arbeit:

Der LFR

- ⇒ unterhielt Unterstützungsangebote bei Diskriminierungen von Frauen im Erwerbsleben,
 - ⇒ trat aktiv ein für mehr Einfluss von Frauen in den Medien, der schließlich mit dem erfolgreichen Einzug des LFR in den Berliner Rundfunkrat honoriert wurde,
 - ⇒ führte Veranstaltungen und Hilfen für das öffentlich übersehene Thema „Frauen und Strafvollzug“ durch,
 - ⇒ bot Unterstützung für das immer noch aktuelle Thema „Frauen in Männerberufen“,
 - ⇒ unterstützte Gründungsaktivitäten von Frauen, zum Beispiel der Frauengenossenschaft „Befreiter Besen“ (in Verantwortung des Berliner Frauenbundes).
- Die Mitarbeit in wichtigen Senats-Gremien wie zum Beispiel im neu gegrün-

deten Landesbeirat für Familienfragen und in vielen wichtigen weiteren Gremien folgten, in denen der LFR mit Sitz, Stimme und Gewicht mitwirken konnte an der politischen Gestaltung unserer Stadt.

Institutionalisierung der Frauenpolitik

Der LFR nahm erheblichen Einfluss auf die Einrichtung der Stelle der ersten Landesfrauenbeauftragten, aufbauend auf den Aktivitäten vieler Mitgliedsverbände, die dies schon lange gefordert hatten. Der LFR hatte zwar gefordert, dass die Landesfrauenbeauftragte direkt der Senatskanzlei zugeordnet werden sollte, was nicht gelang, aber immerhin war Berlin nach Hamburg die zweite Großstadt Deutschlands, die sich dieser Aufgabe stellte. Wichtige politische Vorarbeiten hatte dafür der LFR geleistet, durch eine noch heute interessant zu lesende Untersuchung, die damals Gisela Gassen in seinem Auftrag erstellt hatte.

Auch die nachfolgende breite Institutionalisierung der Frauenpolitik in allen größeren öffentlichen Einrichtungen Berlins: durch Einsetzung von Frauenbeauftragten in allen Behörden, Hochschulen, vor allem in allen Bezirken, war ein lang anhaltender Kampf auch des LFR um deren Kompetenzen und ihrer Gehaltsstufe - auch er endete durchaus erfolgreich mit flächendeckender Einsetzung von Frauenbeauftragten in allen Bezirken. Die Institutionalisierung der Frauenpolitik in Berlin ist - das kann man im Nachhinein sicher feststellen - ohne den Einfluss des LFR nicht denkbar. Ich sage das mit Grund: mein Eindruck ist, dass die Institutionalisierung der Frauenpolitik in Deutschland wieder stark unter Rechtfertigungsdruck gerät. Und ich möchte dem LFR empfehlen, dieser Tendenz entschieden entgegen zu treten.

Unterstützung der Forderung nach Entwicklung und Förderung der Frauenforschung in Berlin, später der Genderforschung; auch dieser wichtige Forschungsbereich braucht weiterhin dringend politische Unterstützung. Der LFR kooperierte mit der Landesfrauenbeauftragten, wo es für richtig gehalten wurde, zum Beispiel bei gemeinsamen Auftritten bei Seminaren



Carola von Braun beim Ehemaligentreffen.

Foto: sbr

an Berliner Hochschulen zum Thema „Institutionelle Frauenpolitik und ihre Perspektiven“. Ich erinnere mich gerne an das interessante Referat der früheren LFR-Vorsitzenden Gertrud Schilling, das erkennbar auch die Studenten ansprach.

Aber es gab natürlich auch Auseinandersetzungen mit der Landesfrauenbeauftragten, wo es der LFR ebenfalls für richtig hielt, zum Beispiel bei dem Kongress der Landesfrauenbeauftragten 1988 im Berliner Reichstag zum Thema „Frauen und Wirtschaft“. Nicht das Kongress-Thema wurde kritisiert vom LFR, sondern die Tatsache, dass die Landesfrauenbeauftragte zum ersten Mal gewagt hatte, private und öffentliche Sponsoren der Wirtschaft für die Durchführung zu gewinnen, bei hohen Eintrittsgebühren (entsprechend den Preisen, die Firmen sonst für die Teilnahme ihrer Mitarbeiter an anderen Veranstaltungen zahlen) und einem Kontingent von rund 50 Prozent Freikarten für Teilnehmerinnen, deren Eintrittsgebühr nicht von ihrer Firma oder ihrer Behörde übernommen wurde. Zu dem Kongress haben sich insgesamt 530 Teilnehmerinnen angemeldet - der Preis war also nicht abschreckend -, aber so ein Verfahren war in der damaligen frauenpolitischen Landschaft ungewohnt und wurde heftig kritisiert. Auch vom LandesFrauenRat.

Außensicht auf den LFR

Und damit komme ich auf die Frage: Wie wurde der LandesFrauenRat durch Außenstehende wie die Landesfrauenbeauftragte wahrgenommen?

Schon die beiden letzten Beispiele beweisen: Der LandesFrauenRat trat auf und versteht sich als unabhängiger, konstruktiver, aber durchaus kritikfähiger Gesprächspartner für die nun entstandene hauptamtliche Frauenpolitik im Senat und in den Bezirken. Genauso wichtig aber war es aus meiner Sicht, dass der LFR sich immer strikt parteineutral, aber parteilich für Frauen eingesetzt hat. Genau deshalb wuchs auch seine Anerkennung in der Öffentlichkeit und im Senat als ernstzunehmender, unabhängiger und parteineutraler Gesprächspartner, der viele Berlinerinnen vertrat und durch seine Aktivitäten verankert war im Leben der Berlinerinnen. Er war also für die andere institutionalisierte Ebene der Frauenpolitik in der Verwaltung ein guter Sparringspartner und Kooperationspartner. Dabei ist es sicher manchmal nicht einfach, in einem Dachverband wie dem LandesFrauenRat mit so unterschiedlich ausgerichteten Mitgliedsverbänden zu einer einheitlichen Linie zu kommen. Das lässt ja schon die

weiter auf Seite 10

Geblättert

„...daß die Frauen dieser Stadt an der Damenwahl weder beteiligt noch berücksichtigt werden, zeigt nachstehende Chronik:

Anstelle einer ‚Frauenbeauftragten‘ forderten Ende Mai der Landesfrauenrat und seine Verbände in einer Presseerklärung eine ‚ressortübergreifende Gleichstellungsstelle‘ beim Regierenden Bürgermeister. Ergänzt wurde diese Forderung vom Landesfrauenrat mit den ‚notwendigen Kompetenzen‘ – ähnlich wie in Hamburg und Bremen – einer solchen Stelle mit Schreiben vom 28. Mai an den Regierenden Bürgermeister.

Am 14. Juni teilte der Regierende Bürgermeister mit, daß der Senat noch vor der Sommerpause eine Frauenbeauftragte bestellen wird, die beim Senator für Gesundheit, Soziales und Familie ressortieren soll. Am 18. Juni veranstaltete der Landesfrauenrat eine Pressekonferenz im Haus der Kirche. In einer Presseerklärung vom 21. Juni forderten der Landesfrauenrat und seine Verbände eine Beteiligung bei der Auswahl der Besetzung. Seitdem herrscht großes Schweigen darüber, wer die ‚Frauenbeauftragte‘ sein wird – es kursieren in dieser Stadt nicht einmal Gerüchte.“

Wir Berlinerinnen Nr. 11, Sept. 1984

Institutionalisierte Netzwerke

weiter von Seite 9

Gründungsversammlung 1979 erahnen. Ich kann mir gut vorstellen, mit welchen Argumenten und Existenzängsten von verdienten Frauenverbänden damals die langwierige Schlacht zwischen Befürworterinnen und Gegnerinnen geführt wurde – und ich vermute, dass dies auch ein bleibender Grundkonflikt ist, wie er eben typisch ist für Dachverbände. Die einen werden gesagt haben „Wir lassen uns vom Dachverband nicht majorisieren“ oder „was haben wir eigentlich von so einem Dachverband?“. Und die Befürworterinnen werden gesagt haben: „Aber gemeinsam sind wir stärker und können mehr durchsetzen“. In so einer Phase braucht es eine starke Führungspersönlichkeit, wie es Johanna Lemke war. Als außenstehende Kooperationspartnerin fand ich: Es war gut, dass die Frauenverbände sich zu diesem Kraftakt entschlossen hatten. Damit hatte ich als Verwaltungsfrau ein starkes politisches Gegenüber, mit dem ich wiederum auch im Senat und im Abgeordnetenhaus argumentieren konnte.

Aber auch nach der Gründungsphase brauchte es Vorsitzende, die die Fähigkeit besitzen mussten, diese so unterschiedlichen Mitgliedsverbände zu einen und auf gemeinsame Ziele

zu führen. Ich will jetzt nicht alle ehemaligen Vorsitzenden würdigen, weil dies den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde. Aber eines ist mir besonders wichtig: Obwohl die Bedeutung der Frauen- und Gleichstellungspolitik in der öffentlichen Wahrnehmung und Unterstützung nach 1989 deutlich nachließ, ist es dem LandesFrauenRat gelungen, auch in diesen schwierigeren Jahren seine Anerkennung in der politischen Öffentlichkeit zu wahren. Das ist ein Verdienst aller Vorstandsmitglieder und ihrer Mitgliedsverbände, das im kritikfreudigen Berlin leider nicht genug gewürdigt wird.

Es gibt noch so viele schöne Geschichten über erinnerungswerte gemeinsame Schlachten mit so vielen anregenden Frauen aus dem Vorstand und den Mitgliedsverbänden des LFR zu erzählen, die ich im Verlaufe der 1980er und 90er Jahre kennenlernen konnte, die Wichtiges für die Entwicklung der Frauen- und Gleichberechtigungspolitik beigetragen haben. Aber das müssen wir uns aus Zeitgründen für die Gespräche in kleineren Kreisen aufheben.

Dank für LFR-Engagement

Zum Abschluss möchte ich mich bedanken: bei der Vorsitzenden des LandesFrauenRates Juliane von Friesen, mit der mich viele gemeinsame Schlachten in der Vergangenheit verbinden, und bei den Mitgliedern des LandesFrauenRates – für 30 Jahre erfolgreichen fachkundigen, parteineutralen Einsatz, parteilich für Frauen. Eines zeigt dieser kurze Rückblick auf die Gründungsjahre des LFR: Er hat viel erreicht, er kann stolz sein auf das Erreichte!

Last not least möchte ich dem LandesFrauenRat Berlin dafür danken, dass er mit einer solchen Feier uns daran erinnert, dass alle unsere Arbeit aufbaut auf Leistungen von vielen Frauen, die sich schon vor uns für Frauen eingesetzt haben, für eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dass er uns allen wieder klar macht, wie wichtig die Leistung vieler einzelner Frauen ist in der nun langjährigen Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Macht weiter so!

Stadtführungen für Frauen

Frauen zwischen Volksbühne
und Kulturbrauerei

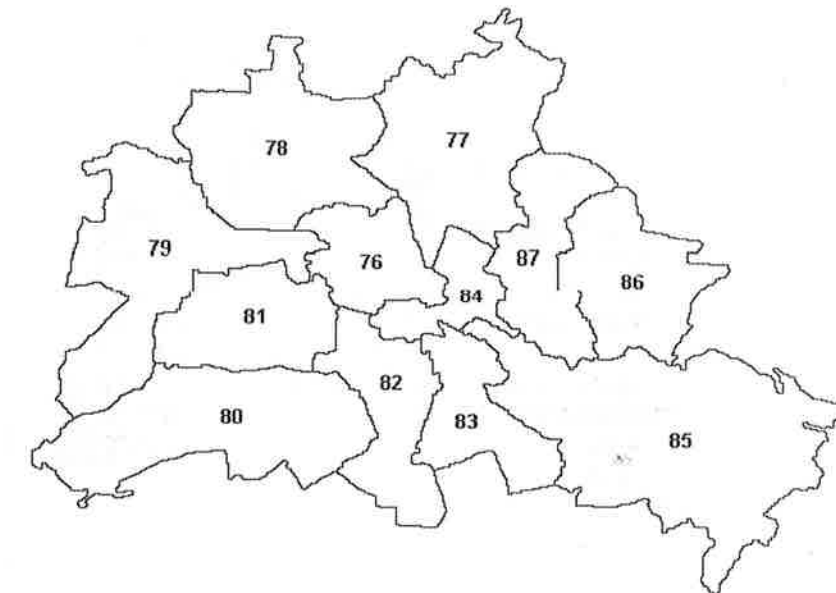
20. September 2009 um 15 Uhr
mit Ursula Sillge (Lila Archiv)

Start: Volksbühne (Rosa-Luxemburg-Platz)
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro, ermäßigt 6 Euro

Anmeldungen in der LFR-Geschäftsstelle
unter 785 70 10, per Email an lfr-berlin@t-online.de

Bundestagswahl 2009

♦ Zur Bundestagswahl am 27. September 2009 treten bundesweit Kandidatinnen und Kandidaten in 299 Wahlkreisen an – Berlin ist für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag wie schon 2005 in zwölf Wahlkreise eingeteilt. Von den 299 Wahlkreisen entfallen auf die Hauptstadt die Nummern 76 bis 87 (siehe nebenstehende Grafik des Landeswahlleiters). Spitzenkandidaten der Berliner Parteien sind Monika Grütters (CDU), Wolfgang Thierse (SPD), Martin Lindner (FDP), Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) und Gregor Gysi (Die Linke) allesamt Politprofis mit jeweils ganz eigenem Profil. Die Wahlberechtigten haben zwei Stimmen: die Erststimme geben sie für eine/n Bewerber/in im Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei(-liste) ab. Die Zweitstimme entscheidet über die Sitzverteilung im Bundestag.



Die Bundestagswahlkreise in Berlin entsprechen weitgehend den Grenzen der zwölf Bezirke. Informationen zur Bundestagswahl sind unter www.bundeswahlleiter.de und www.wahlen-berlin.de im Internet zu finden.

Die Bundestagswahl 2009 im Internet

Wahlprogramme und mehr

Das **Regierungsprogramm von CDU und CSU**, „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“, die CDU-Kandidatenriege und Infos zu allen CDU-Themen und zur Kanzlerin stehen unter www.cdu.de/portal2009.

Das **SPD-Regierungsprogramm** „Sozial und demokratisch“, der Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier, alle Kandidatinnen und Kandidaten und weitere Infos der SPD sind unter www.spd.de/de/politik/Bundestagswahl zu finden.

Bündnis 90/Die Grünen stellen das Wahlprogramm „Der Grüne Neue Gesellschaftsvertrag“, Themen und Köpfe auf www.gruene.de/partei/programm vor.

Die Ziele der **FDP** „Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei“ sind unter http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php?wc_c=1154&wc_lkm=744 herunterzuladen.

DIE LINKE präsentiert ihr Programm „Konsequent sozial. Für Demokratie

und Frieden“ unter www.die-linke.de/wahlen/positionen

Informationen

Wer sich über Wahllisten, Kandidatinnen und Kandidaten sowie nach der Wahl über die offiziellen Ergebnisse bundesweit informieren will, ist beim **Bundeswahlleiter** unter www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen und beim **Bundestag** www.bundestag.de/btg_wahl richtig.

Wer sein Wahllokal sucht oder andere Fragen rund um die Wahlen in Berlin hat, klickt die Website des **Landeswahlleiters** www.wahlen-berlin.de an. Der beliebte Wahl-O-Mat, Promi-Lockrufe zur Wahl, ein Quiz und jede Menge Fakten bietet die **Bundeszentrale für politische Bildung** unter www.wahlen.bpb.de. Die Bundeszentrale unterstützt außerdem gemeinsam mit anderen Akteuren die überparteiliche und unabhängige neue **Informationsplattform** www.buergerinfo09.de, die alle wichtigen

Stimmen zusammenfasst, die sich im Internet zur Bundestagswahl zu Wort melden.

Bei konkreten **Fragen an die Kandidaten**, lässt sich diese unter www.abgeordnetenwatch.de stellen.

Wahlprüfsteine

Wahlprüfsteine zur Frauen- und Gleichstellungsstellungspolitik verschiedener Frauenorganisationen hat der **Deutsche Frauenrat** inklusive der eigenen Analyse der Wahlprogramme unter www.frauenrat.de zusammengestellt. Der **LFR Hamburg** hat ebenfalls Wahlprüfsteine zu bieten: www.landesfrauenrat-hamburg.de.

Umfragen

Prognosen, Hochrechnungen und erste Ergebnisse am 27. September sind unter www.infratest-dimap.de/bundestagswahl09/ und www.forschungsgruppe.de zu finden. Fernsehsender und Tageszeitungen informieren ebenfalls im Internet.

Austausch bekannter Positionen

Zweites LFR-Wahlforum im Rathaus Charlottenburg

♦ Auffällig war es schon: Als LFR Berlin, Deutscher Frauenrat und Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg am 7. September 2009 gemeinsam mit der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten Christine Rabe zum Wahlforum ins Rathaus Charlottenburg geladen hatten, schickten alle im Bundestag vertretenen Parteien gestandene Bundespolitikerinnen außer den Christdemokraten – Stefanie Vogelsang, CDU-Kandidatin im Wahlkreis Berlin-Neukölln, war bis vor wenigen Monaten Bezirksstadträtin und bekannte auch gleich, dass sie wenig mit Gleichstellungspolitik zu tun habe. In der selten aufregenden Diskussion konnte sie dann aber doch mithalten, schließlich wurden bekannte Positionen ausgetauscht und wenig neue Visionen entworfen. Außer der CDU-Frau stellten Christel Humme, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Bildung und Forschung, Ina Lenke, Sprecherin für Frauen, Familie und Zivildienst der FDP-Bundestagsfraktion, Irmgard Schewe-Gerigk, Sprecherin für Frauen- und Rentenpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, sowie Kornelia Möller, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke die Positionen ihrer Parteien unter dem Motto „Frauen fragen – Bundestagskandidatinnen antworten“ vor. Die Einstiegsfrage der Moderatorin, der LFR-Vorsitzenden Juliane Freifrau von Friesen, führte gleich mitten in aktuelle Debatten: „Haben Sie immer bekommen, was Sie verdienen?“ Als Antwort forderte Ina Lenke eine Reform der Steuerklassen und besonders die Abschaffung der für Frauen negativen Steuerklasse 5. Ein Gesetz für die Privatwirtschaft lehnte die Liberale abwartungsgemäß ab, denn schon das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst habe keine positive Bilanz. Stattdessen müsse der gesellschaftliche Druck auf die Tarifpartner erhöht werden. Stefanie Vogelsang erzählte, sie habe kürzlich durchs Fernsehen erfahren, dass erst 1977 in der alten Bundesre-



Das Podium: Ina Lenke, Stefanie Vogelsang, Irmgard Schewe-Gerigk, Juliane von Friesen, Kornelia Möller und Christel Humme. Foto: B. Panser

publik der gesetzliche Vorbehalt gegen die Erwerbstätigkeit der Ehefrau abgeschafft wurde. Das habe sie „entsetzt.“ Doch heute könne jede und jeder zum Glück leben, wie sie oder er wolle. Aus ihrer Sicht sei das Betreuungsgeld gut, wer es als „Herdprämie“ verunglimpfe, sei unredlich. Die CDU habe mit Bundesfamilienministerin von der Leyen „unsäglich viel“ erreicht und wolle daran anknüpfen. Die Bündnisgrüne Irmgard Schewe-Gerigk schaute auf die aus ihrer Sicht beste Zeit für Frauenpolitik in den Jahren der rot-grünen Bundesregierung zurück. Dies sei so, obwohl die Frauen beider Regierungsfractionen die Abschaffung des Ehegattensplittings oder das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft dann doch nicht durchsetzen konnten, betonte sie mit Seitenblick auf die mit dem Kopf nickende SPD-Kollegin Humme. Gerade in der Opposition sei es wichtig, an solchen Forderungen festzuhalten. Dazu gehörten ebenso der gesetzliche Mindestlohn und eine Quote für die Besetzung von Aufsichtsräten nach norwegischem Vorbild. Für ihre Kritik, Ursula von der Leyen habe überhaupt keine Frauenpolitik, sondern stattdessen Familienpolitik gemacht, erntete sie Zustimmung von Christel Humme und auch Kornelia Möller. Die Arbeitsmarkt- und Sozialexpertin der Linken-Fraktion sah in den vergangenen zwanzig Jahren kaum frauenpolitische Erfolge, unter

Rot-Grün hätte sich die Situation für Frauen etwa durch Hartz IV noch verschlechtert. Dagegen freute sie sich, dass die Notwendigkeit eines Mindestlohns „jetzt auch von anderen Parteien begriffen“ worden sei, und verlangte im Interesse der Frauen die Abschaffung der Minijobs. Christel Humme betonte noch einmal die Erfolge von Rot-Grün in der Frauen- und Gleichstellungspolitik, wie das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst oder die Unisex-tarife bei der Riesterrente. In der Großen Koalition machte sie dagegen ein frauenpolitisches Rollback aus. Der Versuch, Gender Mainstreaming aus der Geschäftsordnung der Bundesregierung zu streichen oder die schlepende Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes seien Beispiele dafür. Sie unterstrich die Notwendigkeit eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft sowie eines gesetzlichen Mindestlohns und kritisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel für die Bemerkung, Frauen sollten bei Gehaltsverhandlungen nur selbstbewusster auftreten. Fazit des Deutschen Frauenrats: „Konkrete Anregungen oder Vorschläge für parteiübergreifende Initiativen gab es nicht. Derzeit scheint kein Thema dazu angetan, Abgeordnete über politische Lager und Parteigrenzen hinweg gemeinsam für die Durchsetzung von Fraueninteressen zu mobilisieren.“

DF/sbr

Heraus aus der geschlechterpolitischen Starre

♦ Das Netzwerk GMEI – Gender Mainstreaming Experts International hat im Vorfeld der Bundestagswahl gemeinsam mit weiteren Akteuren (Dissens e.V., Netzwerk Gender Training, Fachverband GenderDiversity, Fachverband für gender-kompetente Bildung und Beratung e.V.) einen Appell „An alle Parteien, die im September 2009 zur Bundestagswahl antreten“ gerichtet. Deutschland sei „im Gleichstellungsverzug“ und müsse aus der „geschlechterpolitischen Starre“ herauskommen, macht die Überschrift klar, worum es geht. Im Folgenden einige Auszüge:

„Die Bundesregierung wurde Anfang des Jahres von den Vereinten Nationen kritisiert, da sie die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern nicht ausreichend verwirklicht. In ihren abschließenden Bemerkungen vom 10. Februar hält das Komitee zur Beseitigung jeglicher Form der Diskriminierung von Frauen fest, dass die Bundesregierung zum Beispiel nicht genug unternimmt, um die Lohndiskriminierung von Frauen zu beseitigen. Es kritisiert, dass sich die Bundesregierung von der Strategie Gender Mainstreaming abgewandt hat und fordert die Bundesregierung deswegen auf, „effiziente Mechanismen der laufenden Bewertung und Verantwortungsstrukturen im Zusammenhang mit ihrem System des Gender Mainstreaming einzuführen und die Nichteinhaltung dieser Mechanismen zu sanktionieren.“ (...) So bekommt die Bundesregierung die Quittung für ihre gleichstellungspolitische Starre bzw. den Rückbau von wirkungsvoller Gleichstellungspolitik. Das BMFSFJ hat in den letzten Jahren Geschlechterpolitik auf das Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie reduziert. In diesem Teilziel wurde zwar einiges bewegt, aber: Krippenplätze und Elterngeld allein machen noch kein gleichstellungspolitisches Programm. (...) Die Regierung lässt jedoch nicht erkennen, wie der gesetzliche Gleichstellungsauftrag durch ein sinnvolles und fachpolitisch unterfüttertes Gesamtkonzept umgesetzt wird – im Gegenteil: vorhandene Instrumente zur geschlech-

terpolitischen Folgenabschätzung werden nicht angewandt, geschweige denn ein systematischer Implementierungsprozess von Gender Mainstreaming begonnen. Die von der Bundesregierung verabschiedeten Konjunkturprogramme sind immer noch geschlechtsblind und wenig innovativ, wenn es um eine ökologische und sozial nachhaltige Konsolidierung der Wirtschaft und die Berücksichtigung der Care-Arbeit geht. (...) Was wir brauchen: Eine systematische und zielorientierte Gleichstellungspolitik im Sinne des grundgesetzlichen Auftrags, der Gleichstellung als Querschnittsaufgabe ernst

Fachressorts formuliert und Umsetzungspläne bereitstellt.

⇒ Streben Sie eine Gleichstellungspolitik an, die sich durch die konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe mit Führungsverantwortung auszeichnet.

⇒ Wenden Sie die guten bisher erarbeiteten Instrumente zur Umsetzung des Gender Mainstreaming endlich systematisch an (...) – sie tragen zu einer Verbesserung der Qualität des Regierungshandelns bei.

⇒ Bauen Sie die bisher nur teilweise vorhandenen Strukturen zur Unterstützung der Ressorts bei der Umsetzung der Reformaufgabe Gleichstellung

Paritätische Besetzung von Kandidatenlisten?

♦ In einem Rechtsgutachten zur paritätischen Besetzung von Kandidatenlisten und Wahlkreisen mit Frauen und Männern zur Wahl des Deutschen Bundestages hat der Deutsche Juristinnenbund djB dargelegt, dass die gesetzliche Quotierung von Kandidatenlisten und Wahlkreisen verfassungsrechtlich zulässig sei. So ein Verfahren trage auch zur Beseitigung der seit Jahren anhaltenden Unterrepräsentanz von Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag bei und sei daher sogar

verfassungsrechtlich geboten. „Gesetzliche Regelungen zur Quotierung von Kandidatenlisten und Wahlkreisen für Parlamentswahlen sind in Deutschland schon lange überfällig, um eine chancengleiche demokratische Teilhabe von Frauen durchzusetzen. Eine künftige gesetzliche Quotenregelung nach dem Vorbild des französischen Parité-Gesetzes ist zu begrüßen“, betont djB-Präsidentin Jutta Wagner. Das Gutachten ist im Internet unter www.djb.de zu finden.

nimmt und auf international anerkannte Strategien zurückgreift. (...) Gender Mainstreaming bringt Vorteile für Frauen und Männer in ihrer Vielfalt. Gleichstellung ist Bestandteil einer demokratischen Grundhaltung. Überzeugende Gleichstellungspolitik mit konkreten Ergebnissen für Männer und Frauen ist Teil guter Regierungsführung. Wir fordern deswegen alle Parteien, die zur Bundestagswahl im September 2009 antreten, auf: ⇒ Nehmen Sie die Gleichstellung von Frauen und Männern in ihrer Vielfalt als demokratischen Auftrag und Zukunftsthema ernst.

⇒ Legen Sie ein kohärentes und fachpolitisch durchdachtes Gleichstellungskonzept vor, das sich nicht auf das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschränkt, sondern Gleichstellungsziele für die einzelnen

aus und planen Sie die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen ein.

⇒ Lassen Sie sich nicht durch unqualifizierte Stimmen aus den Reihen einiger Medienvertreter und rechte Polemiken gegen Gender Mainstreaming beirren. Gleichstellung ist ein Menschenrecht für dessen Erfüllung jede Bundesregierung Verantwortung trägt (...).

⇒ Lernen Sie von guter Praxis innerhalb und außerhalb Europas: viele Regierungen weltweit haben erkannt, dass eine integrierte Gleichstellungsperspektive neue Chancen für eine gute Regierungsführung und Wirkungsorientierung mit sich bringt und setzen deswegen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting um. Wir dürfen ihnen hierin nicht nachstehen. Internet-Info: www.gmei.de

Wer wählt was? - Der Gender-Blick

♦ Wählen Frauen und Männer wirklich unterschiedlich? Das können Internetnutzerinnen mit dem Wahl-Diagramm-Tool der Bundeszentrale für politische Bildung selbst überprüfen. Diese erstellt aus stets aktualisierten Daten von Infratest dimap und ARD DeutschlandTREND Statistiken, die auch das Geschlecht berücksichtigen. Das bedeutet aber auch, dass jeder Klick eine Momentaufnahme ist: Ende August schienen sich die Geschlechter relativ einig zu sein, die Unterschiede der Wahlentscheidung von Frauen und Männern betrug nicht mehr als 5 Prozent. Anfang September war die Präferenz für die verschiedenen Parteien dagegen teils sehr unterschiedlich – während sich für SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Umfrage vom 4. September genau oder in etwa gleich viele Frauen wie Männer aussprachen, wollten etwas mehr Frauen als Männer die CDU wählen (8 Prozentpunkte Unterschied) und deutlich mehr Männer die FDP und die Linke (14 und 16 Prozentpunkte Unterschied). Allerdings: Schon ein Prozent kann bei einem knappen Wahlausgang das Zünglein an der Waage sein.

Erschreckend ist jedoch, dass deutlich mehr Frauen als Männer sowohl zu der Gruppe der Nichtwähler als auch zu der Anfang September mit über 20 Prozent noch sehr großen Gruppe der Unentschlossenen gehören. Hier ist für die Parteien noch einiges zu tun, ihre Angebote in der Frauen- und Gleichstellungspolitik können mit wahlentscheidend sein – wenn sie die Wählerinnen davon überzeugen können, tatsächlich wählen zu gehen. Dies ist auch ein Anliegen der Frauenverbände: Der LandesfrauenRat Berlin hat gemeinsam mit den Landesfrauenräten Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg bereits im Frühjahr die Aktion „Frauen gehen wählen!“ entwickelt. Mit Postkarte und Flugblatt wollen wir Frauen dazu motivieren, Politikerinnen und Politikern Fragen zu stellen und den gleichstellungspolitischen Gehalt ihrer Aussagen unter die Lupe zu



Die Wahl-Postkarte der Landesfrauenräte ziert ein Slogan, den Elly Heuss-Knapp zur ersten Wahl von Frauen 1919 für den Groß-Berliner Frauenwahlausschuss kreierte.

nehmen. Die Postkarte kam so gut an, dass sich inzwischen der LFR Schleswig-Holstein und die LAG der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in dem Bundesland der Aktion angeschlossen haben. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Eckernförde haben die Wahl-Postkarte in ihrer örtlichen Zeitung finden können, die liberalen Frauen Berlin werben damit auf ihrer Website, zur Bundestagswahl zu gehen.

Wer steht zur Wahl?

Wieviele Frauen stehen im Verhältnis zu Männern überhaupt zur Wahl? Die Rechnung ist einfach: Je höher der Anteil weiblicher Bewerberinnen, desto größer ist auch die Chance auf den Einzug von mehr Frauen in den Bundestag. Außerdem lässt der Frauenanteil bei den Kandidaten Rückschlüsse auf die Parteistruktur und die Attraktivität der Parteiprogramme für die Geschlechter zu. Laut einer Analyse von Anika Westermann für den Verlag Dashöfer kandidieren bei dieser Bundestagswahl auf 200 Landeslisten insgesamt 2.705 Bewerber. Davon sind 845 Frauen, was 31 Prozent entspricht. Im Vergleich zur Wahl 2005 ist dieser Anteil gesunken – damals lag er bei etwas mehr als 32 Prozent. Daraus ließe sich schließen, dass Frauen zu weniger als einem Drittel aktiv an der deutschen Politik partizipieren. Doch wie so oft wird das Ergebnis klarer beim zweiten Blick: Tatsächlich sind deutliche Unterschiede beim Geschlechterverhältnis in den einzelnen Parteien zu entdecken.

Auf den CDU-Landeslisten 2009 finden sich insgesamt 397 Bewerber und 35,5 Prozent davon sind Frauen – ganze 3,5 Prozentpunkte mehr als 2005. Auch bei der CSU liegt der Anteil der Frauen auf den Landeslisten bei 35 Prozent und ist ebenfalls gestiegen. Ob dies ein Merkel-Effekt ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Der Anteil der Kandidatinnen auf den Landeslisten der SPD liegt erwartungsgemäß höher als bei der CDU: Von 438 Bewerbern sind 163 und damit 37 Prozent Frauen. Aber: 2005 lag die SPD mit gut 44 Prozent gendertechnisch sehr viel weiter vorn. Ein wirklicher Lichtblick ist da das Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, in dem zehn von zwölf Ministerkandidaten Frauen sind. Das dürfte positive Effekte bringen.

Die FDP hinkt im Vergleich weit hinterher: Nur jeweils 23 Prozent der Kandidaten auf ihren Landeslisten sind Frauen. Ausgeglichen und damit sehr gut stehen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen da: Ihr Anteil an Bewerberinnen für die Landeslisten liegt bei 46 Prozent (Linke) und 49,5 Prozent (Grüne). Und das scheint, glaubt man dem Wahl-Diagramm-Tool der Bundeszentrale für politische Bildung, sowohl Männern als auch Frauen zu gefallen.

Für die Landesfrauenräte ist klar: Politik ist glaubwürdiger, wenn sie von Frauen und Männern unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen sowie Lebenssituationen gemacht wird. Die Beteiligung von mehr Frauen auf allen Ebenen ist für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung. sbr

Frauen haben die Wahl: Warme Worte oder konkrete Taten

von Mechthild Rawert, MdB

♦ Schon beim Eintritt ins Berufsleben werden junge Frauen strukturell benachteiligt. Der jüngste Ausbildungsreport der DGB-Jugend Ende August belegt mit einer bundesweiten Befragung unter 6.920 Auszubildenden in den 25 häufigsten Ausbildungsberufen: Auszubildende in von Frauen dominierten Berufen werden sowohl bei der Bezahlung als auch bei der Anzahl der Überstunden, bei den Urlaubstagen sowie der Wahl des Urlaubszeitpunkts benachteiligt. Eine Auszubildende, die Friseurin oder medizinische Fachangestellte erlernt, verdient erst im dritten Lehrjahr so viel wie ein Auszubildender in einem überwiegend männlich geprägten Beruf zu Ausbildungsbeginn. Dem Report zufolge verdienen die überwiegend weiblichen Auszubildenden in diesen Berufen im Durchschnitt rund 100 Euro oder fast 22 Prozent weniger als ihre Kollegen in so genannten Männerberufen. Der Gender Pay Gap manifestiert sich demnach schon beim Sprung ins Berufsleben – und zwar vor allem aufgrund der geschlechterspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes.

Das Ergebnis des Ausbildungsreports macht einmal mehr deutlich: Wir dürfen nicht nachlassen, Frauen auch für andere als die klassischen Frauenberufe zu interessieren. Das muss schon in der Schule beginnen. Gleichzeitig muss natürlich gewährleistet sein, dass in den von Frauen dominierten Berufen vor allem in den Bereichen Gesundheit und Soziales genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Diese sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft können wir hier auf gut ausgebildetes Personal nicht verzichten. Diese Berufe müssen attraktiver werden, sie müssen nicht nur gesellschaftlich mehr Anerkennung finden, sondern vor allem auch finanziell aufgewertet werden.

Wir alle wissen: Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist nicht nur mit der Tatsache zu erklären, dass Frauen sich mehrheitlich für die Berufe entscheiden, die in der Regel

schlechter bezahlt sind. Nachweislich existiert eine Lohnkluft zwischen Frauen und Männern innerhalb eines Unternehmens bei gleicher Tätigkeit, Qualifikation und Unternehmenszugehörigkeit. Diese so genannte harte Lohnlücke liegt bei durchschnittlich zwölf Prozent.

Der Rat von Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem kürzlich erschienenen Interview mit der „Emma“, dass

besserung der Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern vorge stellt. Dieser wird unter einem SPD-Arbeitsminister nach der Bundestagswahl sofort ins Kabinett eingebracht. Ein solches Gesetz würde einen Rahmen vorgeben, mittels einer zertifizierten statistischen Entgeltanalyse, die in der Schweiz bereits praktiziert wird, Informationen über Unterschiede in der Bezahlung zu ermitteln. Betriebsrat und Antidiskriminierungsstelle des Bundes würden die Kompetenz erhalten, vom Arbeitgeber eine Analyse über etwaige Unterschiede einzufordern. Sofern eine Ungleichbehandlung attestiert wird, sollen die Beschäftigten ein Auskunftsrecht erhalten, warum ein Kollege bei gleichwertiger Tätigkeit mehr verdient. Auf der Basis dieser Daten können betroffene Frauen dann den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen einklagen. Mit diesem Gesetz hätten wir endlich handfeste Informationen über die tatsächliche Bezahlung. Löhne und Gehälter sind zurzeit gut gehütete Betriebsgeheimnisse, gleicher Lohn daher nur schwer einklagbar.

Die Kosten für das erprobte Verfahren sind äußerst gering und stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen für all die Frauen, die eine Lohnungleichbehandlung erfahren: Pro Unternehmensanalyse fallen nur 170 Euro an. Olaf Scholz bezifferte die Sach- und Bürokratiekosten auf insgesamt 78.000 Euro. Das sind wir Frauen uns wert! Die in Deutschland im europäischen Vergleich sehr große Lohnlücke würde mit dem Gesetzentwurf endlich geschlossen. Auch darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler am 27. September: Sie werden die Wahl treffen zwischen der Merkelschen Lösung getreu dem Motto „Selbst(bewusst) ist die Frau“ oder der sozialdemokratischen Perspektive, Frauen konkret Einklagbares zur Seite zu stellen.

Die frühere ASF-Landesvorsitzende Mechthild Rawert kandidiert im Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg erneut für den Bundestag, dem sie seit 2005 angehört.



Mechthild Rawert singt beim Equal Pay Day 2009 mit SPD-Generalsekretär Hubertus Heil für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Foto: sbr

Frauen nur selbstbewusst genug sein müssten, um für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie den ihres Kollegen beim Chef einzufordern, ist meiner Meinung nach, mit Verlaub, naiv. Wir müssen den Anspruch auf Entgeltgleichheit mit Leben füllen: Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat deshalb am 9. September gemeinsam mit Manuela Schwesig, im Kompetenzteam Steinmeier für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verantwortlich, einen Gesetzentwurf zur Ver-

Berlin-Statistik

Zahlen zum Kinderschutz

♦ Im Jahr 2008 wurden nach Mitteilung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg 1.265 Kinder und Jugendliche in Berlin vorläufig unter Schutz genommen – 50 weniger als 2007. 800 der in Obhut Genommenen waren Jugendliche im Alter ab 14 Jahre, etwa ein Drittel waren Kinder unter 14 Jahren, darunter 115 unter drei Jahre alt. Von den Maßnahmen waren in etwa gleich viele Mädchen und Jungen betroffen. Bei einem Viertel der jungen Menschen griff das Jugendamt auf deren eigenen Wunsch ein. Anlässe für verschiedene Maßnahmen waren die Überforderung der Eltern oder eines Elternteils (413 Fälle), Beziehungsprobleme (240 Fälle), Straftaten der jungen Menschen (207 Fälle), Integrationsprobleme im Heim oder in der Pflegefamilie (135 Fälle), Vernachlässigung (174 Fälle), die unbegleitete Einreise aus dem Ausland (132 Fälle) und Anzeichen von Misshandlung (124 Fälle). Bei 54 Fällen waren Suchtprobleme der ausschlaggebende Grund. Anzeichen für sexuellen Missbrauch wurden in 36 Fällen festgestellt.

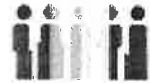
Immer mehr Berliner

♦ Zum Jahresende 2008 erreichte die Bevölkerungszahl Berlins einen neuen Höchststand von 3.431.700 Einwohnerinnen und Einwohnern. Dieser lag laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg um rund 15.400 Personen (0,5 Prozent) über dem Stand vom Jahresanfang. Damit hat es für die Bundeshauptstadt nun das vierte Jahr in Folge einen Bevölkerungszuwachs registriert. Hauptursache ist erneut ein Zuwanderungsgewinn von 15.300 (Differenz von 132.600 Zu- und 117.300 Fortzügen). Größten Anteil daran hatten die aus den alten Bundesländern kommenden Neubürger, im Saldo 9.600. Und: 2008 erblickten in Berlin 31.936 Kinder das Licht der Welt – 762 mehr als 2007. Trotz eines Anstiegs der Sterbefälle gab es einen leichten Geburtenüberschuss von 25.

Tagungen zur Mehrfachdiskriminierung

♦ Zur Fachtagung „Wege zur Chancengleichheit – Strategien gegen Mehrfachdiskriminierung im Fokus von Gender“ lädt die Antidiskriminierungsstelle des Landes Berlin am 7. Oktober ein. Mit der Veranstaltung, die in der Zeit von 9 bis 17 Uhr im Rathaus Charlottenburg stattfindet, will sie eine kritische Diskussion über vorhandene Chancengleichheitsstrategien auf EU-, Bundes- und Berliner Ebene anregen. Gemeinsam soll die Bedeutung von Geschlecht im Zusammenspiel mit anderen Diskriminierungsmerkmalen erörtert werden. Zu klären ist, welche Ansätze und Angebote notwendig sind, um Mehrfachdiskriminierungen wirkungsvoll verhindern oder bekämpfen zu können. Die Teilnahme ist kostenfrei, Anmeldeabschluss ist der 30.09.2009.

Landesstelle für
Gleichbehandlung -
gegen Diskriminierung



LesMigraS, der Antigewalt und Antidiskriminierungsbereich der Lesbierberatung Berlin e.V., kann auf nunmehr zehn erfolgreiche Jahre zurückblicken. Aus Anlass des runden Geburtstages lädt LesMigraS am 25. September zu der Fachtagung „Mehrfachzugehörige als ImpulsgeberInnen“ in der Zeit von 9.30 bis 14 Uhr ins Rathaus Schöneberg ein. Der erste Teil der Tagung lässt die bisherige Arbeit im Bereich Gewalt und mehrdimensionale Diskriminierung von Lesben mit Migrationshintergrund Revue passieren. Das anschließende Fachgespräch legt den Fokus auf das gesellschaftspolitische Potential von Mehrfachidentitäten. Dabei werden unter anderem folgende Fragen behandelt: Welche Errungenschaften haben wir Mehrfachzugehörigen zu verdanken? Sprechen Mehrfachzugehörige für alle? Welche Chancen und Risiken liegen in der Kooperation mit staatlichen Instanzen? Die Fachtagung klingt mit einem Empfang aus.

Weitere Infos zu den Veranstaltungen unter www.berlin.de/lb/ads/ und www.lesmigraS.de im Internet.

Louise-Schroeder-Medaille und Frauenpreis

♦ Stets im Spätsommer werden die Louise-Schroeder-Medaille und der Berliner Frauenpreis ausgeschrieben. Die Bedingungen für die Verleihung der im Andenken an die einzige Oberbürgermeisterin Berlins vergebene Medaille stehen bereits fest, für den Frauenpreis sind sie im Oktober auf der Website des Frauensensors zu finden. Die Louise-Schroeder-Medaille wird am 2. April 2010 verliehen. Alle Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen sind aufgerufen, bis zum 23. Oktober 2009 Vorschläge für geeignete Persönlichkeiten oder Institutionen beim Abgeordnetenhaus einzureichen. Dem Vorschlag ist eine aussagekräftige Begründung sowie eine Biographie der vorgeschlagenen Person oder eine Beschreibung der vorgeschlagenen Einrichtung beizufügen. Die Louise-Schroeder-Medaille wird seit 1998 an Personen oder Institutionen verliehen, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung tragen und sich in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern erworben haben. Verliehen wird die Louise-Schroeder-Medaille durch den Präsidenten des Abgeordnetenhaus von Berlin zum Geburtstag Louise Schroeders. Das Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“ unter dem Vorsitz von Ingrid Stahmer, Bürgermeisterin und Senatorin a.D., entscheidet über die Vergabe. Nähere Informationen sind auf der Homepage des Abgeordnetenhaus www.parlament-berlin.de in der Rubrik „Wissenswertes“ Louise-Schroeder-Medaille, zum Berliner Frauenpreis unter www.berlin.de/sen/frauen/oeff-raum/frauenpreis zu finden.

nen verliehen, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung tragen und sich in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern erworben haben. Verliehen wird die Louise-Schroeder-Medaille durch den Präsidenten des Abgeordnetenhaus von Berlin zum Geburtstag Louise Schroeders. Das Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“ unter dem Vorsitz von Ingrid Stahmer, Bürgermeisterin und Senatorin a.D., entscheidet über die Vergabe. Nähere Informationen sind auf der Homepage des Abgeordnetenhaus www.parlament-berlin.de in der Rubrik „Wissenswertes“ Louise-Schroeder-Medaille, zum Berliner Frauenpreis unter www.berlin.de/sen/frauen/oeff-raum/frauenpreis zu finden.

Mehr Frauen in Führungspositionen

♦ „Der Senat bekennt sich mit Nachdruck zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und in den Einrichtungen der öffentlichen Hand.“ So die Botschaft aus der Senatskanzlei am 1. September 2009. Bei seiner wöchentlichen Dienstagssitzung hatte der Senat den von Frauensensor Harald Wolf (Die Linke) vorgelegten Bericht über „Mehr Frauen in Führungspositionen“ beschlossen, in dem bisherige und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Chefetagen der Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts und in den Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin vorgestellt werden. Daraus geht hervor, dass der Frauenanteil bei den vom Land zu besetzenden Mandaten in Aufsichtsgremien von 2004 bis Juni 2009 von 16 auf über 39 Prozent gestiegen ist. Die aktuelle Bilanz zeige zwar außerordentlich gute Fortschritte im Bereich der Aufsichtsratspositionen. Die Zahlen machten aber auch deutlich, dass die bisherigen Anstrengungen intensiviert werden müssten, um das

verfassungsrechtliche Gebot der Gleichstellung von Frauen und Männern auch im wirtschaftsnahen Raum umzusetzen, betonte die Senatskanzlei in ihrer Presseinformation. „Wir werden unseren tatsächlichen und rechtlichen Handlungsspielraum ausschöpfen und unseren Einflussbereich nutzen, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen“, erklärte Senator Wolf zu dem Thema. Dazu sollen künftig verstärkt Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentationspflichten über frauenfördernde Maßnahmen, die öffentliche Bekanntmachung der frei werdenden Führungspositionen und nicht zuletzt die Möglichkeiten des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) genutzt werden. In den vergangenen Monaten hatte es immer wieder Kritik an der Besetzung von Vorstandsposten landeseigener Betriebe gegeben – teils waren sie rechtswidrig, teils sollten sich keine qualifizierten Frauen beworben haben. Im Ergebnis kamen immer Männer zum Zug trotz einer Unterrepräsentanz von Frauen, die der Senat laut LGG aktiv zu beseitigen hat (siehe auch Seite 5). sbr

Frauen vertreten Berlin in Europa

♦ Das Land Berlin wird in der fünften Mandatsperiode (2010-2014) im Ausschuss der Regionen (AdR) durch die Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Europabeauftragte, Staatssekretärin Monika Helbig, und durch die Vorsitzende des Bundes- und Europaausschusses im Abgeordnetenhaus, Martina Michels, vertreten. Das hat der Senat bei seiner Sitzung am 1. September 2009 beschlossen. Stellvertreter sind Staatssekretärin Hella Dunger-Löper (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) und der europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Frank Zimmermann. Der AdR wurde 1994 als Vertretungsorgan der Regionen und Kommunen bei der EU geschaffen. Seitdem verfügen die Regionen über ein Anhörungsrecht bei Gesetzgebungsvorhaben der EU. Durch die AdR-Mitarbeit konnte sich Berlin immer wieder in Debatten zur Ausgestaltung der europäischen Sozialpolitik und zur Daseinsvorsorge einbringen. Schwerpunkt ist nun die Gestaltung der europäischen Strukturpolitik nach 2013.

Senat beschließt Masterplan

♦ „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist zentrales politisches Anliegen des Senates. Die Berliner Landesregierung hat das Ziel, die politischen Rahmenbedingungen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu schaffen. Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe insbesondere der fünf Politikfelder Bildungspolitik, existenzsichernde Beschäftigung, demografischer Wandel, soziale Gerechtigkeit und Integration.“ So begründete der Senat seinen Beschluss des Masterplans zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm Ende Juli, der seitdem dem Abgeordnetenhaus vorliegt. Der Masterplan soll die gleichstellungspolitischen Aktivitäten aller Senatsverwaltungen koordinieren. „Als erste Landesregierung verbindet der Berliner Senat durch den Masterplan die wichtigsten politischen Vorhaben dieser Legislaturperiode mit der Gleichstellungspolitik. Dabei

werden die Instrumente des Gender Mainstreaming und des Gender Budgeting angewandt“, heißt es weiter. Die Umsetzung des Masterplans wird von einem eigens für das Controlling eingerichteten Ausschuss auf Staatssekretärsbene begleitet. In vielen Handlungsfeldern sind neben der Verwaltung auch andere Akteure wie Verbände und Netzwerke in die Masterplan-Umsetzung eingebunden. Tatsächlich ist das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm in dieser Form bundesweit einmalig. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sei inzwischen interessiert, ein ähnliches Verfahren auf Bundesebene zu installieren, ist aus dem Senat zu hören. Ähnliche Initiativen gibt es in Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Die Konferenz der Landesfrauenräte Mitte September in Magdeburg wird sich auf Antrag der Landesfrauenräte Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit der

Thematik beschäftigen. Ziel ist es, bundesweit frauen- und gleichstellungspolitische Richtlinien zu initiieren, die ressortübergreifend Maßnahmen zusammenfassen und koordiniert weiterentwickeln sowie Gleichstellungspolitik tatsächlich in allen Ressorts verankern. Wie das funktionieren kann, zeigt ein Beispiel: Auch in Berlin ist der von Frauen erzielte durchschnittliche Lohn geringer als der von Männern. Die Ursachen für den so genannten gender pay gap sind vielfältig und so werden im Rahmen des Masterplans auch mehrere Senatsverwaltungen aktiv. So wollen die Wirtschafts-, die Arbeits- und die Bildungsverwaltung gemeinsam Konzepte erarbeiten, um die Erwerbstätigkeit von Frauen grundsätzlich zu stärken – insbesondere mit Blick auf eine möglichst geringe Unterbrechung wegen der Kinderbetreuung.

sbr

EAF-Clubabend

♦ Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) Berlin und der Förderverein der EAF laden zum nächsten Clubabend am Donnerstag, dem 24. September 2009, um 19 Uhr im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Dorotheenstrasse 84, 10117 Berlin, Tagungsraum 4.019 ein. An diesem Abend spricht die Botschafterin der Islamischen Republik Afghanistan, I.E. Frau Prof. Dr. Maliha Zulfacar, zum Thema „Gendering internationale Weltpolitik mit Ausblick auf Afghanistan“. Eine Anmeldung ist nötig.
Internet-Info: www.eaf-berlin.de

Gender-Messe

♦ Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di lädt vom 19. bis 21. Oktober zur Gender-Messe „Geschlecht! Gerech! Genial!“ in die verdi-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, ein. Ver.di arbeitet daran, das Prinzip des Gender-Mainstreaming zur Förderung geschlechterdemokratischer Verhältnisse in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu etablieren. Im Rahmen dieser Gender-Messe werden dazu interessante Projekte, Institutionen, Firmen und Verbände vorgestellt und mit einem Fachpublikum diskutiert.
Weitere Informationen unter www.gendermesse.verdi.de

Kurs im FFGZ

♦ Das Feministische Frauen Gesundheits-Zentrum e.V., Bamberger Straße 51 in Berlin-Schöneberg, Telefon: 213 95 97, Email: ffgzberlin@snafu.de bietet wieder einen Kurs „Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit mindern“ an: Arbeitslosigkeit hat Einfluss auf fast alle Bereiche des Lebens, so auch auf die Gesundheit. Anspannung und Ängste, Druck und Sorgen kennzeichnen oft die Situation arbeitsloser Frauen. In dem Kurs können sie erproben, was Ihnen gut tut und die Zeit für sich nutzen. Da die Teilnehmerinnenzahl begrenzt ist, ist eine (telefonische) Anmeldung nötig. Termine sind ab Ende bis Dezember.
Informationen zu diesem und weiteren Kursen auch unter www.ffgz.de im Internet.

Gleichstellungspolitik systematisch eingeführt

♦ Das von der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten Christine Rabe entwickelte und in der Bezirksverwaltung von Charlottenburg-Wilmersdorf erprobte Verfahren zur systematischen Implementierung von Gleichstellungspolitik (Gender Mainstreaming) ist als Marke beim Deutschen Patent- und Markenamt erfolgreich angemeldet. Wie der Bezirk kürzlich informierte, ist die Marke „FGA – Fachbezogene Gender Analyse“ somit geschützt, sie ist unter der Nr. 30 2008 052 397 registriert. Markeninhaber ist das Land Berlin, vertreten durch das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf.
Die „FGA – Fachbezogene Gender Analyse“ ist eine Methode zur Bearbeitung der Politikaufgabe „Gleichstellung der Geschlechter“ als Querschnittsaufgabe im Sinne der europäischen Gender-Mainstreaming-Strategie. Sie verknüpft politische Zielsetzungen mit fachspezifischen Aufgabenstellungen und Wissen über Gleichstellungskompetenz.
Die FGA setzt die Formulierung und Beschlussfassung von Gleichstellungszielen voraus, erfordert die Formulierung von fachbezogenen Teilzielen und Maßnahmen in einem Maßnahmenplan sowie eine Analyse der Arbeitsaufgabe oder des Arbeitsplatzes in der Verwaltung in allen Ab-

teilungen. Geprüft wird, wie fachpolitische Themen mit dem Ziel „Gleichstellung der Geschlechter“ zu verbinden sind. Die FGA zielt auf die analytische Fragestellung: Was können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Fachabteilungen an ihren Arbeitsplätzen mit ihren Entscheidungen tun, um gleichstellungspolitische Ziele umzusetzen?

„Ich freue mich, dass dieses Verfahren bundesweit nachgefragt und in weiteren Berliner Bezirken bereits angewandt wird“, erklärte Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen (SPD) zu dem Erfolg. „Auch die Berliner Landesebene hat unser Konzept mit der Verabschiedung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms und dem Beschluss zur Einführung von Masterplänen aufgegriffen, die Weichen für die Zusammenführung von Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming sind gestellt.“

Soweit bekannt, gibt es keine weiteren Patente in Deutschland in diesem Bereich. Allerdings haben Wissenschaftlerinnen die so genannte 6-Schritte-Prüfung auch zur Einführung von Gender Mainstreaming formuliert, aus Schweden ist die 3R-Methode bekannt.

Internet-Info:
www.gleichstellungsbeauftragte.charlottenburg-wilmersdorf.de

Mehr Professorinnen in Berlin

♦ Der Frauenanteil in der Professorenenschaft an den Berliner Hochschulen stieg im Jahr 2008 von 24 auf 26 Prozent. Bei den Juniorprofessoren liegt der Frauenanteil sogar bei 46 Prozent, teilte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit. Ende 2008 waren an den Berlins Hochschulen 17.279 Frauen hauptberuflich beschäftigt (59 Prozent). Im Gegensatz zu den Professuren liegt der Frauenanteil beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gegenüber dem Vorjahr fast unverändert bei 38 Prozent. Beim nichtwissenschaftlichen Personal waren die Frauen mit 74 Prozent, bei den Teilzeitbeschäftigten mit 72 Prozent vertreten. Ende vergangenen Jahres beschäftigten die Hochschulen Berlins ins-

gesamt 29.390 hauptberufliche Mitarbeiter, das waren 2 Prozent mehr als im Jahr davor. 18 Prozent der hauptberuflich Beschäftigten wurden 2008 aus Drittmitteln finanziert. Beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, das 43 Prozent aller hauptberuflich Beschäftigten ausmacht, gab einen Anstieg um 515. Dagegen blieb die Anzahl der Beschäftigten, die Aufgaben in den nichtwissenschaftlichen Bereichen, wie Verwaltung, Bibliothek, Krankenpflege und technischer Dienst wahrnehmen, nahezu gleich (plus 2). Der überwiegende Teil der hauptberuflich Beschäftigten (88 Prozent) war an der Charité-Universitätsmedizin sowie an der Freien, der Technischen und der Humboldt-Universität tätig.

Hanna Beate Schöpp-Schilling



Foto:
Lopez

(19.08.1940 - 20.07.2009)

Sachverständige der Bundesrepublik im CEDAW-Vertragsausschuss der UNO seit 1989

Mitgestalterin und langjährige Vorsitzende des Protokollausschusses Informantin und Diskutant internationaler und nationaler Frauenverbände über CEDAW

Trägerin des Margherita-von-Brentano-Preises der Freien Universität Berlin

Inhaberin des Verdienstkreuzes 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland

♦ Ihr Beruf war ihre Berufung: Sie arbeitete für die Gleichstellung der Frau – als Sachverständige der Bundesrepublik Deutschland auf höchster nationaler und internationaler Ebene. 1976, im Zuge der neuen Frauenbewegung, war sie als junge Wissenschaftlerin an der Freien Universität Mitorganisatorin der 1. Sommeruniversität für Frauen und setzte sich erfolgreich für die Einrichtung eines Frauenforschungsinstituts an der FU ein.

1987 berief sie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Leiterin seiner neu gegründeten Abteilung Frauenpolitik. 1989 wurde sie als nationale Vertreterin bei der UNO in New York als Sachverständige für den „Vertragsausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) vorgeschlagen und auch gewählt. Seitdem arbeitete sie für die Durchführung der Gesetze zur Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Ebenen und weltweit für die 180 Vertragsländer.

Was Hanna Beate Schöpp-Schilling auszeichnete, war ihr unübertroffener Sachverstand und ihr außerordentliches Engagement. Ihr Anteil an der kreativen Ausgestaltung der Arbeit der Kommission – Verfahrensverläufe und Zeitumfang betreffend – war hoch. Ihre Bereitschaft, dies fortwährend und im Detail für alle verständlich darzustellen, unermüdlich.

Sie war den Frauenorganisationen in deren Bemühen um die Durchsetzung der Gleichstellung eine zuverlässige Beraterin. Sie hielt das Zustandekommen einer Organisation für die Zusammenfassung der NGO-Alternativberichte für möglich. Ihrer Ermutigung verdanken wir die Erstellung eines aktuellen „Schattenberichtes“ unter bundesweiter Mitarbeit von Frauenorganisationen unter dem Dach des Deutschen Frauenrates.

Sie hat uns den Weg gezeigt.

Annemarie Lopez,
Deutscher Staatsbürgerinnenverband e.V.,
Internationaler Ausschuss

Würdigung

♦ Der LandesFrauenRat Berlin hat in einem Kondolenzschreiben an den Witwer und die Familie von Hanna Beate Schöpp-Schilling die Verstorbene als unermüdliche Kämpferin für Frauenrechte gewürdigt. „Ihr außergewöhnliches Engagement für Frauenförderung und Geschlechterforschung sowie seit vielen Jahren auf internationaler Bühne als Sachverständige im Vertragsausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) hat dazu beigetragen, dass Frauen überall auf der Welt ein Stück weit mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit erfahren“, schreibt die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen. „Die Welt ist ärmer ohne Hanna Beate Schöpp-Schilling.“

In seinem Nachruf hebt der Deutsche Frauenrat die Fachkenntnisse und den klugen Rat der CEDAW-Expertin hervor: „Als Hanna Beate Schöpp-Schilling Mitte Mai dieses Jahres das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen bekam, war sie schon sehr krank. Sie hat sich über diese Auszeichnung ebenso von Herzen gefreut wie Anfang des Jahres über den Margherita-von-Brentano-Preis von der Freien Universität Berlin.“ Weiter heißt es: „Hanna Beate Schöpp-Schilling hatte den Ruf einer tiefen Kennerin der Frauenfrage als Prof. Rita Süßmuth, ebenfalls Quereinsteigerin von der Wissenschaft in die Politik, sie 1987 ins Ministerium holte, um die neu eingerichtete Abteilung „Frauenpolitik“ aufzubauen. Bis 1992 arbeitete sie daran, die Eigenständigkeit des heftig umstrittenen Politikfeldes durchzusetzen.“ Und über die CEDAW-Arbeit: „Wer Hanna Beate Schöpp-Schilling begegnet ist, hat eine Frau erlebt, die mit strahlenden Augen auch zum tausendsten Mal erklärte, wie CEDAW funktioniert und dass die Konvention, die oft auch als weiblicher Grundrechtskatalog bezeichnet wird, das beste Instrument ist zur Durchsetzung von Frauenrechten überall auf der Welt.“

Tipps + Tipps + Tipps**Neu: Internetinfos zum Thema Zwangsheirat**

♦ Die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes hat ein Internetportal zum Thema Zwangsheirat online gestellt. Damit werden erstmals Informationen und Angebote hierzu gebündelt. „Aus unserer langjährigen Arbeit wissen wir, dass sich besonders Beratungsstellen, aber auch Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte immer häufiger mit dem Thema Zwangsheirat konfrontiert sehen und sich mehr Informations- und Vernetzungsmöglichkeiten wünschen“, begründet Terre des Femmes die neue Initiative.

Auch Mädchen und Frauen, die selbst von Gewalt im Namen der Ehre bedroht oder betroffen sind, sowie deren Vertrauenspersonen können das Internetportal nutzen, um nach Beratungsstellen in ihrer Nähe zu suchen. Auf jeder Seite findet sich immer rechts oben ein Notausgang-Schild – so bleibt der Besuch des Portals unentdeckt: Beim Klick auf das Schild landen die NutzerInnen sofort bei www.google.de. Durch Löschen der Verbindungsdaten (zum Beispiel bei Mozilla Firefox unter „Extras/Private Daten“) kann auch im Nachhinein niemand herausfinden, dass die Seite besucht worden ist.

Geboten werden Literaturtipps und Hinweise zu Arbeitsmaterialien und neuesten Publikationen sowie aktuellen Entwicklungen in Politik und Justiz. Das Internetportal hält auch eine ExpertInnendatenbank bereit, die die Suche nach geeigneten ReferentInnen für Workshops, Seminare und Podiumsdiskussionen erleichtert. Eine Übersicht über bestehende Initiativen und Arbeitsgruppen zum Thema hilft bei der Vernetzung.

Das neue Internetportal ist unter www.zwangsheirat.de zu finden.

Mehr Tipps finden Sie auf www.lfr-berlin.de

Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare?

♦ In die kontroverse Debatte, ob gleichgeschlechtliche Paare genauso wie Ehepaare das Adoptionsrecht erhalten sollen, ist wieder Bewegung gekommen: Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat Ende Juli gemeinsam mit der stellvertretenden Leiterin des Instituts für Familienforschung an der Universität Bamberg, Dr. Marina Rupp, eine Studie zur Situation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften vorgestellt. Dabei wurde untersucht, wie Kinder in so genannten Regenbogenfamilien aufwachsen und ob das Kindeswohl in diesen Lebensgemeinschaften gleichermaßen gewahrt ist wie bei heterosexuellen Eltern.

„Die Untersuchung hat bestätigt: Dort, wo Kinder geliebt werden, wachsen sie auch gut auf. Entscheidend ist eine gute Beziehung zwischen Kind und Eltern und nicht deren sexuelle Orientierung“, erklärte die Ministerin. „Nach den Ergebnissen der Studie ist das Kindeswohl in Regenbogenfamilien genauso gewahrt wie in anderen Lebensgemeinschaften. Homosexuelle Paare sind keine schlechteren Eltern, Kinder entwickeln sich bei zwei Müttern oder zwei Vätern genauso gut wie in anderen Familienformen.“ Die Studie sei außerordentlich belastbar und repräsentativ. Sie belege auf wissenschaftlich fundierter Grundlage, dass Familie dort ist, wo Kinder sind. „Die Ergebnisse der Untersuchung sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur vollen gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennung homosexueller Paare. Lebenspartner sind danach unter den gleichen Voraussetzungen wie alle anderen als Adoptiveltern geeignet. Wir sollten daher nicht auf halbem Wege stehen bleiben und jetzt die gesetzlichen Voraussetzungen für eine gemeinsame Adoption durch Lebenspartner schaffen“, forderte die Justizministerin.

Das von ihrem Ministerium beauftragte Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg hat in Kooperation mit dem Staatsinstitut für Frühpädagogik in München die erste aussagekräftige Forschung über Kinder in Regenbogenfamilien in

Deutschland vorgelegt. Der begleitende Forschungsbeirat bezeichnet die Ergebnisse als international einzigartig.

In Deutschland wachsen rund 2.200 Kinder in einer Lebenspartnerschaft auf. Die Situation von 693 dieser Kinder (32 Prozent) wurde durch Befragung der Eltern analysiert, und 95 Kinder (5 Prozent) wurden zusätzlich persönlich befragt. Zum Vergleich: Bereits eine Befragung von einem Prozent der Zielgruppe gilt gemeinhin als repräsentativ. Einige Ergebnisse: ⇒ Das Kindeswohl ist in Regenbogenfamilien genauso gewahrt wie in anderen Familienformen. Nach den Ergebnissen der Untersuchung sind „Regenbogeneltern“ gleichermaßen gute Eltern wie andere an ihren Kindern interessierte Eltern. Persönlichkeitsentwicklung, schulische und berufliche Entwicklung der betroffenen Kinder verlaufen positiv. Sie entwickeln sich genauso gut wie Kinder aus heterosexuellen Beziehungen. Auch finden sich keine Anhaltspunkte für eine erhöhte Neigung zu Depressionen. Für das Kindeswohl ist es nicht erforderlich, dass die Erziehung nach dem klassischen Rollen-Modell von verschiedenen Geschlechtern übernommen wird. Maßgeblicher Einflussfaktor ist eine gute Eltern-Kind-Beziehung.

⇒ Eine Mehrheit der Kinder verfügt über keine Diskriminierungserfahrungen wegen der sexuellen Orientierung im Elternhaus (63 Prozent aus Sicht der Eltern, 53 Prozent aus der der Kinder). Soweit solche Erfahrungen vorliegen, handelt es sich überwiegend um Hänseleien und Beschimpfungen. Die Erlebnisse werden in der Regel von den Betroffenen gut verarbeitet, da sie vor allem durch die elterliche Zuwendung aufgefangen werden.

⇒ Die Ergebnisse zeigen, dass das so genannte kleine Sorgerecht (Mitentscheidung des Lebenspartners in Angelegenheiten des täglichen Lebens) in der Praxis gut angenommen wird. 75 Prozent der Partner(innen) engagieren sich in der Erziehung eines Kindes, das ihre Partnerin/ihr Partner aus einer früheren Ehe oder Partnerschaft hat.

Unzufriedenheit mit Studiengebühren

♦ Studierende beurteilen die Verwendung ihrer gezahlten Studiengebühren negativ. Auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 6 (sehr unzufrieden) liegt die durchschnittliche Zufriedenheit bei 4,22. Das zeigt die Studie „Gebührenkompass 2009“, die der Marketing-Lehrstuhl der Universität Hohenheim durchgeführt hat. Die Studie macht aber im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Verbesserung der Zufriedenheit aus – 2008 lag diese noch durchschnittlich bei 4,55. An keiner Hochschule gaben die Studierenden allerdings eine bessere Bewertung als 3,5 an. Fazit: Ausnahmslos an allen gebührenerhebenden Universitäten in Deutschland besteht Unzufriedenheit mit der Verwendung von der Studiengebühren. Als einen Grund nennt der Gebührenkompass die fehlende Transparenz bei der Verwendung der Einnahmen.

Er stellt ebenfalls ein Zufriedenheits-Ranking der Hochschulen auf. Am zufriedensten zeigten sich die Studierenden der Universität Clausthal-Zellerfeld mit einem Wert von 3,54, den Negativrekord hält die Universität Hannover (5,05).

Seit Einführung des Gebührenkompasses 2007 hat sich die Akzeptanz von Studiengebühren allgemein verschlechtert, so ein weiteres Ergebnis. Sprachen sich 2007 noch 60 Prozent der Befragten gegen die Erhebung von Studiengebühren aus, waren es 2009 schon 66 Prozent. 72 Prozent schlossen sich gar der Forderung an, Studiengebühren wieder ganz abzuschaffen. Die Studie diagnostiziert als Grund für diese geringe Akzeptanz den fehlenden Glauben der Studierenden, dass Studiengebühren die Lehrbedingungen tatsächlich verbessern können. *sbr*

Gründerinnenförderung ist Erfolgsmodell

♦ Bei der diesjährigen Charta-Konferenz für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) der EU im Oktober in Stockholm soll die Gründerinnenagentur bga als Erfolgsmodell präsentiert werden. Seit 2005 hilft sie Frauen, die sich selbständig machen wollen, bei vielfältigen Fragen der Existenzgründung. „Die Gründerinnenagentur leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die Startchancen und das gesellschaftliche Umfeld für Gründerinnen nachhaltig zu verbessern“, betont Bundesforschungsministerin Annette Schavan. Daher fördere ihr die bga über das Aktionsprogramm „Power für Gründerinnen“.

Laut bga sind Frauen gegenüber männlichen Unternehmern in Deutschland nach wie vor in der Minderheit. Allerdings gründen Frauen heute mehr als früher – die Zahl der selbstständigen Frauen ist seit 1996 insgesamt weiter gestiegen. Dennoch wird nur jede dritte Gründung deutschlandweit von einer Frau angemeldet – 2004 waren es 1,25 Millionen Frauen im gesamten Bundesgebiet. Auch im Europavergleich herrscht in Deutschland „Gründerinnen-Mangel“. Im Global Entrepreneurship Monitor 2006 (GEM) – einer Studie zum Grün-

dungsgeschehen in Deutschland im Vergleich zu 41 anderen Ländern Europas – liegt die Gründungsaktivität von Frauen mit 2,58 Prozent bei weniger als der Hälfte des Wertes, den deutsche Männer erreichen. Unter den Industrieländern weisen lediglich Schweden, Frankreich, Belgien und Russland niedrigere Quoten aus. In den USA liegt der Wert bei rund 7,4, in Spanien bei 5,7 Prozent.

Auch bei den Unternehmensübernahmen sind die weiblichen Potenziale noch längst nicht ausgeschöpft. So beziffert das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn den Frauenanteil bei den abgebenden Unternehmen zwischen 15 und 20 Prozent und den Übernahmen mit 20 bis 25 Prozent. Daher will das Programm „Power für Gründerinnen“ qualifizierte Frauen für eine berufliche Selbstständigkeit gewinnen und Gründerinnen in den Blickpunkt von Gründungsberatung und Finanzierung rücken. Die bga ist das einzige bundesweite Kompetenz- und Servicezentrum zur unternehmerischen Selbstständigkeit von Frauen über alle Branchen hinweg.

Internet-Informationen unter www.gruenderinnenagentur.de

Tipps + Tipps + Tipps**Online-Portal für Alleinerziehende**

♦ Seit kurzem ist das neue Internetportal des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) online: Getragen von der Idee, den bundesweit 2,6 Millionen Alleinerziehenden eine Plattform zur Kommunikation zu bieten, konzentriert sich das Portal auf die gängigen Themen: Wie leben Alleinerziehende? Wie kommen sie mit dem Alltag zurecht? Was sind ihre Interessen und wie können sie ihre Wünsche verwirklichen?

Das Portal ist unter www.die-alleinerziehenden.de zu finden.

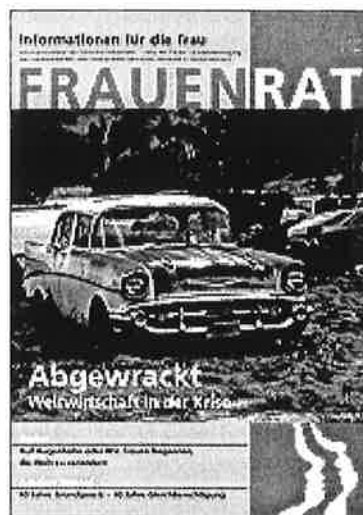
Online-Netzwerk für Menschen mit Behinderung

♦ Das erste barrierefreie und von den Nutzern selbst betriebene Internet-Netzwerk für Menschen mit Behinderung in Deutschland ist vor kurzem erfolgreich gestartet. „Wir schaffen damit erstmals eine Plattform, auf der Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander in Kontakt treten können“, erklärte Pastorin Anke Schimmer vom Diakonischen Werks Schleswig-Holstein, das das Netzwerk initiiert hat. Es bietet Nutzern eine Vielzahl an Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten. Sie können Themen diskutieren, Probleme, Beschwerden oder auch Lösungsansätze vortragen, Informationen austauschen und Hilfe wie Unterstützung finden. Ferner bietet es einen kostenlosen Marktplatz, auf dem behindertengerechte Wohnungen und Arbeitsplätze angeboten und gesucht werden können. Vorgaben zur Gestaltung gibt es keine, das Netzwerk ist als freies Forum konzipiert.

Das Online-Netzwerk ist unter www.behinder-mich-nicht.de im Internet zu finden.

Mehr Tipps finden Sie auf www.lfr-berlin.de

Web-Tipp



Der Deutsche Frauenrat hat das Thema „Frauen in der Krise“ in einer der jüngsten Ausgaben der Verbandspublikation „Frauenrat“ aufgegriffen. Das Magazin und weitere Informationen sind unter www.frauenrat.de im Internet zu finden.

Familie als Rückhalt in der Krise

♦ In Zeiten der Wirtschaftskrise gewinnt der Rückhalt in den Familien an Bedeutung. Rund drei Viertel der Deutschen sind davon überzeugt, in schwierigen Lebenslagen auf ihre Familie bauen zu können, betonte Prof. Renate Köcher bei der Vorstellung einer Allensbach-Umfrage am Mitte Juli in Berlin. Selbst bei finanziellen Problemen und bei eigener starker Betroffenheit durch die Krise rechneten – quer durch alle Gesellschaftsschichten – noch 60 Prozent fest mit einer Unterstützung im Familienumfeld, lautet ein Ergebnis der Befragung. Mütter mit minderjährigen Kindern haben danach das meiste Vertrauen in das familiäre Netz. Dass die Wirtschaftskrise im Familienalltag angekommen ist, machte Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD), anhand der beruflichen Situation deutlich: In Deutschland hätten rund 36 Prozent der Erwerbstätigen angegeben, dass ihr Betrieb von der Krise bereits betroffen ist. „Vor allem Väter

mit minderjährigen Kindern arbeiten in Unternehmen, die besonders stark gefährdet sind: Fast die Hälfte berichtet, dass ihr Betrieb bereits von der Krise betroffen sei“, heißt es in der vom Bundesfamilienministerium herausgegebenen Studie weiter. Von den Müttern hingegen arbeite nur ein Viertel bei krisenbetroffenen Arbeitgebern, 60 Prozent spürten noch keine Auswirkungen.

Um die Folgen der Wirtschaftskrise in der Familie abzumildern, halten die Befragten Formen der staatlichen Unterstützung für unerlässlich: Besonders für sozial schwache Familien, die trotz Arbeit wenig Geld zur Verfügung haben, für allein erziehende Mütter und Väter sowie für kinderreiche Familien. Als wichtigste Handlungsfelder für die Familienpolitik gaben die Studienteilnehmenden an: junge Familien stärker fördern (51 Prozent), die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern (43 Prozent) und Voraussetzungen für mehr Geburten schaffen (37 Prozent).

Chancen und Risiken in der Krise

♦ Die aktuelle Wirtschaftskrise betrifft Frauen wie Männer gleichermaßen und dann aber doch unterschiedlich: Wer in den vergangenen Wochen und Monaten die Zeitungen aufgeschlagen hat, fand darin zahlreiche schlechte Prognosen. Experten sagten einen Konjunktüreinbruch zwischen vier bis fünf Prozent für 2009 voraus. Doch das ganze Ausmaß der Wirtschaftskrise ist noch nicht bekannt. Das schafft Unsicherheit und Ängste bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern wie bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die Auswirkungen der Krise für Frauen werden dabei unterschiedlich bewertet. Die International Labour Organisation (ILO) erwartet in dem Bericht „Global Employment Trends for Women“ für 2009 einen weltweiten Anstieg der Anzahl arbeitsloser Frauen um bis zu 22 Millionen. In Deutschland ist vorläufig noch ein leichter Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit zu verzeichnen, während die Arbeitslosigkeit der Männer im Vorjahresvergleich bereits

um 9 Prozent zugenommen hat. Auch von Kurzarbeit sind vor allem Männer betroffen, weil die Krise insbesondere das produzierende Gewerbe betrifft, wo deutlich mehr Männer beschäftigt sind. Im September 2007 arbeiteten laut Bundesagentur für Arbeit und Statistischem Bundesamt lediglich 16,6 Prozent der Frauen im produzierenden Gewerbe, aber 44,7 Prozent der Männer.

In 20 Prozent der Mehrpersonenhaushalte erwirtschaftet die Frau den Löwenanteil des Familieneinkommens, so Professorin Ute Klammer bei einer Fachkonferenz des Bundesfamilienministeriums 2008. Diese Entwicklung wird sich in der Krisentendenziell verstärken. Einige Expertinnen nehmen sogar an, dass sich die Berufsaussichten von Frauen gerade jetzt verbessern könnten. So meint die Unternehmensberaterin Monika Schulz-Strelow, dass Frauen in der Krise zunehmend Führungsaufgaben wahrnehmen könnten, weil sie anders wirtschaften und kommuni-

zieren als Männer. „Die bislang intakten Männerstrukturen werden nicht mehr akzeptiert. Das ist eine Chance für Frauen. Denn die Menschen wollen wirkliche Veränderungen“, betont sie. „Ein stärkeres Zusammenwirken von Frauen und Männern in Führungsgremien würde eine Menge positive Effekte haben, die wir schon lange brauchen.“

Welche Auswirkungen die Krise mittelfristig für Frauen wirklich haben wird, ist noch unsicher. Wichtig bleibt für sie aber, eigene berufliche Perspektiven zu gestalten. Deshalb ist seit kurzem auf dem Internetportal www.frauenmachenkarriere.de ein neues Dossier zusammengestellt, das Chancen und Risiken in der Krise speziell für Frauen benennt. Es stellt Strategien gegen den Jobverlust vor, erklärt, warum sich Selbstständigkeit in dieser Zeit lohnen kann und gibt Tipps für Job- und Wiedereinsteigerinnen. Eine Linkliste zum Thema rundet das Dossier ab.

sbr

Risikofaktor Testosteron

♦ Frauen mit hohem Testosteronspiegel neigen eher dazu, finanzielle Risiken einzugehen, als Frauen mit niedrigerem Testosteronspiegel. Das hat jetzt eine Studie von Forschern aus Chicago ergeben. Wie die Financial Times meldete, hätten bereits frühere Studien gezeigt, dass Testosteron Konkurrenzdenken verstärkt, Angst mindert und mit riskantem Verhalten wie Glücksspiel in Zusammenhang steht.

Bei der aktuellen Studie haben rund 500 Studierende, die später überwiegend im Finanzwesen arbeiten werden, vor und nach einem Computerspiel, mit dem ihre Risikoscheu gemessen wurde, Speichelproben abgegeben. Bei beiden Speichelproben wurden die Hormonveränderungen gemessen. Wie erwartet wiesen Männer einen höheren Testosteronspiegel

auf und gaben sich bei dem Spiel weniger risikoscheu als Frauen. Die Forscher fanden aber auch heraus, dass ein höherer Testosteronspiegel bei Frauen mit einer größeren Risikobereitschaft einherging. Hatten Männer und Frauen einen ähnlichen Testosteronspiegel, war auch ihre Risikobereitschaft ähnlich hoch. Die Forscher berichteten auch, dass die Verbindung zwischen Risikoscheu und Testosteron die Berufswahl beeinflusst: Personen mit hohem Testosteronspiegel und niedriger Risikoscheu entschieden sich für eine Karriere im Finanzwesen.

Bei dem verwendeten PC-Spiel waren die Studierenden aufgefordert, zwischen einer garantierten geldwerten Vergütung und einer riskanten Lotterie mit höherer potenzieller Ausschüttung zu wählen. sbr

„Brigitte“-Studie: Frauen auf dem Sprung

♦ „Diese Frauen werden die Gesellschaft wach rütteln.“ Das war das Fazit der „Brigitte“-Studie „Frauen auf dem Sprung 2008“. Doch wie reagieren junge Frauen jetzt in der Krise? Wechseln sie ihre Meinung, wenn sich ihre Lebenssituation verändert? Diese und weitere Fragen klärt die neue „Brigitte“-Studie „Frauen auf dem Sprung. Das Update“.

In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und mit infas - Institut für angewandte Sozialwissenschaft hat die Frauenzeitschrift ihre Studie fortgesetzt: 2007 wurden für die repräsentative Untersuchung insgesamt 1.020 Frauen zwischen 17 und 19 sowie 27 und 29 Jahren interviewt. 18 Monate später wurden diese Frauen erneut befragt. Die Ergebnisse zeigen: Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft sollten diesen selbstbewussten Frauen gut zuhören. „Die jungen Frauen machen keinen Rückzieher, im Gegenteil, sie bekräftigen noch selbstbewusster, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen“, betont die Prof. Jutta Allmendinger, WZB-Präsidentin und wissenschaftliche Leiterin der Studie.

Die Frauen seien seit der vorigen Befragung noch kompromissloser

geworden, schreibt „Brigitte“. Nur noch 17 Prozent würden für den Partner den Beruf wechseln, 2007 waren es noch 37 Prozent. Keine Kinder, weil der Partner das so will? Das käme nicht einmal für jede zehnte in Frage. Für den Job die Familie vernachlässigen? Dazu waren 2007 noch 47 Prozent bereit, 2009 nur noch 28 Prozent. Trotz der problematischen Lage auf dem Arbeitsmarkt beurteilen die Frauen ihre eigenen Chancen zuversichtlich. „Sie wissen, dass sie gebraucht werden – und fühlen sich eher als Gewinnerinnen der Krise“, sagt Jutta Allmendinger. Im Jahr der Krise hat eine starke Politisierung der Frauen stattgefunden, so ein weiteres Ergebnis: Zwar finden sie bei den Parteien nicht, was ihnen wichtig ist, aber fast die Hälfte kann sich vorstellen, gesellschaftlich aktiv zu werden. „Diese Bereitschaft, den Mund aufzumachen, sich auch politisch zu engagieren, zeugt von Verantwortungsgefühl. Das ist ein enormer Umbruch“, so die Soziologin Allmendinger. „Die Zeiten sind günstig für Frauen. Sie wollen springen, ich hoffe, sie werden das auch tun.“

Mehr zur Studie auf der Website www.brigitte.de im Internet.

Frauen fassen Fuß in hochqualifizierten Berufen

♦ Seit 1994 ist der Anteil der Frauen in den naturwissenschaftlichen Berufen von 20 auf 30 Prozent gestiegen, stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in seiner Zeitschrift IAB-FORUM (Ausgabe 1/2009) fest. „In den naturwissenschaftlichen Fächern fassen Frauen also nicht nur im Studium, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt zunehmend besser Fuß“, so das Ergebnis der darin vorgestellten IAB-Studie. Die besseren Schul- und Ausbildungsabschlüsse würden zu einer besseren Positionierung auf dem Arbeitsmarkt führen – der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Berufen Zahnärztin, Tierärztin und Geisteswissenschaftlerin sei um mehr als zehn Prozentpunkte geklettert. In manchen „Männerberufen“ wie Waldarbeiter oder Bauhilfsarbeiter sinke dagegen der ohnehin schon sehr niedrige Frauenanteil weiter. „Festhalten lässt sich, dass Männer ihren Anteil vorwiegend in nicht-akademischen Berufen ausbauen“, so das IAB. So positiv der Trend, so ernüchternd das Fazit: „So lange die Arbeitslosigkeitsrisiken von Ingenieurinnen doppelt so hoch sind wie die von Ingenieuren, die Karrierechancen von Männern besser sind als die von Frauen im gleichen Beruf und das Lohnniveau von Frauenberufen deutlich unter dem der Männerberufe liegt, sind wir noch viel zu oft zu weit entfernt von einer Gleichberechtigung der Geschlechter.“

Web-Tipp



Unter www.dgb-frauen.de finden Interessierte Positionen und Informationen zum Thema „Frauen in der Krise“. So wird zum Beispiel die Frage zu klären versucht, ob mit mehr Frauen als Topmanagerinnen die Krise verhindert werden wäre.

Die Hälfte der Wanderarbeiter sind Frauen

♦ Die Frauen haben in einem weiteren Bereich mit den Männern gleichgezogen und das mit teils schwerwiegenden Folgen: Ziemlich genau die Hälfte aller Wanderarbeiter weltweit ist weiblich. Nur bei den Migranten aus Afrika überwiegen die Männer, bei allen anderen Auswanderungsgruppen stellen die Frauen die Mehrheit. So lautet die Erkenntnis des jüngsten Jahresberichts der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Genf. Die meisten Frauen, die ihre Heimat auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen, üben in ihrem Gastland eine Teilzeitarbeit aus. In der Regel handelt es sich um Tätigkeiten im Haushalt, im Gastgewerbe oder in der Unterhaltungsbranche. „In diesen Jobs sind die Menschen häufig in Gefahr der Ausbeutung bis zur Zwangsarbeit und Sklaverei ausgesetzt“, heißt es im IOM-Bericht. Die Organisation ist weltweit führend auf dem Gebiet der Migration und führt auf nationaler und internationaler Ebene operationelle Hilfsprogramme für Migranten und Migrantinnen durch. Der IOM gehören derzeit 120 Mitgliedsstaaten an, weitere 20 Staaten und 40 Nichtregierungsorganisationen haben Beobachterstatus.

Hilfe für den Frauen in der DR Kongo

♦ Die Frauenrechts- und Hilfsorganisation medica mondiale hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, sich gegen Kriegsgewalt an Frauen einzusetzen und gegen die Politik der Demokratischen Republik (DR) Kongo konsequent vorzugehen. Mit ihrer Kampagne und Postkartenaktion „Im Einsatz für Frauen in Kriegs- und Krisengebieten“ will medica mondiale auf die Situation tausender Frauen in kriegsrisikoreichen Gebieten aufmerksam machen. Nach Schätzungen des UN-Menschenrechtsrates wurden allein in der DR Kongo im vergangenen Jahr etwa 100.000 Frauen von Regierungssoldaten und Milizen vergewaltigt. Im Gespräch mit dem Bundeskanzleramt Anfang September forderte die Organisation daher, den Worten endlich Taten folgen zu lassen.

Müttersterblichkeit: Druck auf G8-Staaten

♦ Mehr als 60 Parlamentsabgeordnete aus allen Teilen der Welt haben im Vorfeld des G8-Gipfels im italienischen L'Aquila im Juni an die G8-Staaten appelliert, trotz globaler Finanzkrise zu ihren Zusagen zu stehen und für eine bessere Gesundheitsfürsorge in Entwicklungsländern zu sorgen. Der Reduzierung der Mütter- und Kindersterblichkeit räumten die Abgeordneten höchste Priorität ein: So sollen die G8-Staaten unter anderem in die Ausbildung medizinischer Fachkräfte investieren und bis 2015 den

Zugang zu Familienplanung und Schwangerenfürsorge sicherstellen. Nach Berechnungen des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) spart jeder in Familienplanung investierte US-Dollar bis zu vier US-Dollar für Gesundheitsdienstleistungen für Mütter und Kinder und bis zu 31 US-Dollar für soziale Dienstleistungen. „Die Wirtschaftskrise darf nicht als Vorwand dienen, die Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich zu vernachlässigen“, so die Bundestagsabgeordnete Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU).

Gewalt gegen Frauen in Europa

♦ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in einem wegweisenden Urteil die häusliche Gewalt gegen Frauen in der Türkei verurteilt. Die Regierung in Ankara muss nach dem Urteil in Straßburg einer Frau 30.000 Euro Schmerzensgeld zahlen, deren Ex-Mann ihre Mutter erschossen hatte. Erstmals werteten die Richter dabei Gewalt gegen Frauen als Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot der Menschenrechtskonvention. „Dies setzt Grundsätze für die Rechtsprechung in den anderen Europaratsländern“, so ein Sprecher des Gerichtshofes. Jetzt könnten Fälle häuslicher Gewalt künftig vor dem Gerichtshof für Menschenrechte auch mit dem Diskriminierungsverbot begründet werden.

Die türkischen Behörden hätten die beiden Frauen nicht ausreichend vor der Gewalt des Täters geschützt, so die Straßburger Richter in ihrem Urteil. Darin verweisen sie auf Berichte der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die eine Akzeptanz häuslicher Gewalt in der Türkei durch Polizei, Behörden und Justiz beklagt.

Klägerin war eine 37-Jährige aus Diyarbakir, deren Ex-Ehemann ihre Mutter 2002 mit einem Schuss aus einem Revolver tödlich verletzt hatte. Die Klägerin habe „deutlich dargelegt, dass die Passivität der türkischen Justiz ein Klima häuslicher Gewalt fördert“, so die Richter weiter. Der Mann war 2008 nach der Tat wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, in Erwartung des Berufungsver-



fahrens jedoch frei gelassen worden. Seitdem hatte er seine Ex-Frau erneut bedroht.

In Zusammenhang mit dem Straßburger Urteil ist interessant, dass sich die Justizminister aller 47 Europaratsstaaten Mitte Juni darauf geeinigt haben, häusliche Gewalt wirksam zu bekämpfen. Maßnahmen zum Schutz der Opfer, insbesondere von Frauen und Kindern, sollten ebenso umgehend eingeführt werden wie wirksame Rechtsmittel für die Betroffenen. Dringlich sei auch die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung der Täter, die gleichzeitig in ihrem Bemühen unterstützt werden sollen, nicht wieder gewalttätig zu werden.

Die Minister wollen außerdem das Expertenkomitee des Europarats, das mit der Abfassung einer neuen Konvention für die Verhinderung und Bekämpfung von häuslicher Gewalt und von Gewalt gegen Frauen beauftragt ist, unterstützen. Die für 2010 geplante Konvention soll den Schutz von Opfern sowie die Strafverfolgung von Tätern zum Inhalt haben.

Internet-Infos sind unter www.coe.int erhältlich.

EU: Weniger Diskriminierung am Arbeitsplatz

♦ Die Beschäftigten in Europa profitieren tatsächlich von dem umfassenden Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und eine klarere Definition des Begriffs „Diskriminierung“ in der Richtlinie 2002/73/EG. Dies geht aus einem Bericht der Europäischen Kommission von Ende Juli hervor. Die Umsetzung der Richtlinie sei bislang zufriedenstellend verlaufen, wenngleich noch nicht alle Länder ihre Vorschriften mit den Anforderungen in Einklang gebracht hätten, hieß es. Der Bericht nennt Hauptprobleme und bewährte Verfahren bei der Durchführung der Richtlinie, mit der die Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen vorangetrieben werden soll.

„Der Beteiligung sämtlicher Akteure also der Behörden, Sozialpartner, nichtstaatlichen Organisationen, Gleichstellungsstellen und der Gesellschaft im weiteren Sinne kommt entscheidende Bedeutung zu, wenn wir die mit der Richtlinie bereitgestellten Instrumente zur Beseitigung von Diskriminierungen wirksam nutzen wollen“, so Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit. „In der jetzigen wirtschaftlichen Situation ist es wichtiger denn je, das gesamte in der Gesellschaft verfügbare Humanpotential auszuschöpfen.“

Der Bericht beschreibt, wie die Mitgliedsstaaten die zentralen Bestimmungen der Richtlinie durchgeführt haben. Die nationalen Gleichstellungsstellen hätten eine Schlüsselrolle vor allem was die Unterstützung von Diskriminierungsopfern angeht, die häufig den herkömmlichen Rechtsweg scheuen und sich stattdessen eher an eine Gleichstellungsstelle wenden, so ein Fazit.

Hintergrund

Durch die Richtlinie 2002/73/EG wurde das Gemeinschaftsrecht zur Gleichstellung der Geschlechter modernisiert, so die EU-Kommission. Sie hat den Umfang des Schutzes

erweitert, indem Diskriminierung beim Zugang zur Selbstständigkeit und zur Mitgliedschaft in Berufsverbänden verboten wurde und die verschiedenen Arten der Diskriminierung (mittelbare und unmittelbare Diskriminierung, Belästigung und sexuelle Belästigung, Anweisung zur Diskriminierung) sowie die Ausnahmen vom Grundsatz der Gleichbehandlung klarer definiert wurden. Mit der Richtlinie wurde erstmals eine EU-Rechtsvorschrift erlassen, die das Verbot sexueller Belästigung beinhaltet. Darüber hinaus schützt sie Arbeitnehmerinnen während der Schwangerschaft und im Mutterschaftsurlaub. Die Betroffenen haben Anspruch darauf, an ihren früheren oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren. Ein innovatives Element der Richtlinie besteht in der Pflicht zur Benennung einer nationalen Gleichstellungsstelle in jedem Mitgliedsstaat, die Diskriminierungsopfern Hilfestellung leisten und zudem die Verwirklichung der Gleichbehandlung fördern, analysieren, beobachten und unterstützen soll – in Deutschland ist dies die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die ihre gesetzliche Grundlage im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat.

Projekte für EU-Jahr

♦ Auf Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rats vom 22. Oktober 2008 wurde das Jahr 2010 als „Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt. Die daraus entwickelte „Nationale Strategie für Deutschland“ ermöglicht vielseitige und öffentlichkeitswirksame Aktionen auf allen Ebenen. Das Jahr bietet Gelegenheit, Armutsrisiken stärker ins öffentliche Interesse zu rücken und soziale Integration zu fördern. EU und Bund stellen für Deutschland 2.250.000 Euro zur Verfügung, davon 1.240.000 Euro für Projektarbeit.

Weitere Infos sind unter www.ej2010.de sowie www.mit-neuem-mut.de zu finden.

Unterschriftenaktion zum Abtreibungsrecht

♦ Die schwedische EU-Abgeordnete Birgitta Ohlson, Präsidentin von Liberal Women und Sprecherin der Foreign Affairs Liberal Party, hat jetzt eine Kampagne für ein europaweites Recht auf freie Abtreibung initiiert. Im Kampagnentext heißt es unter anderem: „Auf der ganzen Welt wird Frauen das Recht auf freie, legale und sichere Abtreibung verweigert. Selbst in Europa wird Frauen die Kontrolle über ihre eigenen Körper und die Anzahl wie den Abstand ihrer Kinder abgesprochen. Dieser Alltagsrealität stehen Frauen in Irland, Polen und Malta gegenüber.“

Mehr Infos sind zu finden unter www.makenoiseforfreechoice.eu

Neuer Frauentag in Südafrika

♦ Die Regierung der Republik Südafrika hat den 9. August zum nationalen Frauentag erklärt. Das Datum erinnert an die größte Demonstration ihrer Art in dem Land – am 9. August 1956 zogen über 20.000 Frauen in einem friedlichen Protestmarsch vor das Parlamentsgebäude in Pretoria und protestierten gegen die Auflage für Nicht-Weiße, stets ein umfangreiches Passdokument bei sich zu tragen. Es musste auch Zeugnisse des Arbeitgebers und der Polizei enthalten ebenso wie eine erteilte Erlaubnis, sich vom jeweiligen Wohnort entfernen zu dürfen. Frauen war es damit nahezu unmöglich, eine eigene Beschäftigung zu suchen oder ihre häufig weit entfernt arbeitenden Ehemänner zu besuchen. Der nationale Frauentag erinnert nun jährlich an das historische Erbe, fragt aber auch nach den Errungenschaften der südafrikanischen Geschlechterpolitik. Die Verfassung des Landes gilt als vorbildlich: Sie schützt Frauen unabhängig von ihrem familiären Status, Frauenquoten und Gender-Leitlinien sind positive Rahmenbedingungen. Die Realität sieht anders aus: Südafrika ist Spitzenreiter in der weltweiten Vergewaltigungsstatistik. In der Bevölkerung hält sich die Legende, ein Mann könne seine HIV-Infektion durch Verkehr mit einer Jungfrau heilen.

Das UCW auf Erfolgskurs

♦ Am 15. September 2009 feierte das UCW Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Sigmaringer Straße 1 seinen vierten Geburtstag. Über 40 Unternehmerinnen und Gründerinnen arbeiten hier in den unterschiedlichsten Bereichen Tür an Tür. Gerade der Branchenmix macht den Reiz des Hauses aus. Netzwerke haben sich gebildet, die Zusammenarbeit einzelner Unternehmerinnen trägt erste Früchte und die ersten Firmen gliedern sich nach vier Jahren aus. Deshalb können interessierte Gründerinnen und Unternehmerinnen, die den Branchenmix erweitern oder bereichern möchten, wieder kurzfristige Räume im UCW mieten. Auf schriftliche Bewerbung freut sich das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Büro der Gleichstellungsbeauftragten, Christine Rabe, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin.

Cash-flow - das intelligente Lernspiel

♦ Cash-flow ist ein Brettspiel, das weltweit sehr beliebt ist: Vor über zehn Jahren hat Robert T. Kiyosaki überlegt, wie er sein Wissen, finanziellen Wohlstand zu erlangen, am besten anderen Menschen vermitteln kann. Er kam zu dem Ergebnis, dass ein Spiel die beste Art ist, dies zu lernen. Spielerisch, mit wiederholtem Tun und viel Spaß lernt der Mensch am besten. Indem die Spieler Fragen diskutieren und sich gegenseitig helfen, werden Lerninhalte besonders gut verinnerlicht. Die meisten erkennen schon beim ersten Spiel seinen Wert. So lernen sie, Gelegenheiten zu erkennen, gute von schlechten Geschäften zu unterscheiden, den Geldfluss zu begreifen. Sie lernen auch, was Vermögenswerte sind, die einem Geld bringen, und was Verbindlichkeiten sind, die einem Geld aus der Tasche ziehen.

Seit Juli wird „Cash-flow“ auch im UCW gespielt. Die Gastgeberin ist die Versicherungsmaklerin und Finanzplanerin Margarete Krümpel. Der nächste Spieltermin ist der 23. Oktober 2009.

Mehr darüber unter www.die-finanplanerin.de/veranstaltungen

Wir wachsen beständig wie ein Bambus!

Die Unternehmerinnen *Ihre Komplizin Inga Beiersmann - Marketing + Events* und *Michaela Puchalla - Büro im Energiefluss* sind an einem neuen Standort in eine Bürogemeinschaft gezogen. Beide Unternehmen wurden 2003 gegründet. Nach einer Zeit im Home-Office zogen sie Ende 2005 mit den ersten Mieterinnen in das Gründerinnen- und Unternehmerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW). Hier lernten sich die beiden Frauen kennen und schätzen. Beide Unternehmen sind in den vergangenen Jahren gewachsen und die Büros sind mittlerweile zu klein geworden. Neue Räume mussten gefunden werden. Zusätzlich wurde die Synergieidee des UCWs aufgegriffen - beide sind seit dem 1. September 2009 in ihren neuen Büroräumen im Lüttgeweg 10 in Charlottenburg zu finden.

Das Einleben ging schnell, denn der neue Standort bietet mehr Platz, Ausblick und viele Kooperationsmöglichkeiten. Gemeinsam genutzt werden zum Beispiel der Besprechungsraum, Personal und Organisation. Es leben der Netzwerkgedanke und die Zusammenarbeit. Und es bleibt spannend, denn welche weiteren Verknüpfungen sich aus den gemeinsamen Räumen ergeben, wird die Zukunft zeigen. Jede für sich ist bereits mit einem großen Leistungsspektrum vertreten.

Ihre Komplizin Inga Beiersmann unterstützt Sie mit folgendem Leistungsspektrum:

Inspirierendes Marketing, kreativ entwickelte Messekonzepte und professionell organisierte Veranstaltungen – dafür steht Ihre Komplizin Inga Beiersmann mit Leib und Seele. Personeller Zuwachs ist bereits eingeplant, denn wer sich als Praktikantin bewährt, kann eben auch mit einem guten Angebot rechnen. Die Kunden können sich auf neue Eventformate freuen, die zum einen moderne Tech-

nologien nutzen und zum anderen – dank aktueller Ausbildungen – persönlich aus dem eigenen Hause erbracht werden können.

Die positiven Referenzen bekannter Unternehmen zeigen: Ob Jubiläumsfeier, Kundentagung oder Mitarbeiter-Events – Inga Beiersmann ist eine echte Komplizin. Natürlich bleiben die Angebote in den Bereichen Seminare, Marketing-Coaching, Messtrainings, Zeit- und Selbstmanagement etc. vollumfänglich erhalten.

Michaela Puchalla - Büro im Energiefluss bietet ein großes Dienstleistungsangebot:

Büro-Organisation – geschäftlich und privat. Übersichtliche Ablagesysteme, neue Strukturen, individuelle und fachkundige Beratung sowie hilfreiche Arbeitstechniken und Tipps stehen dabei auf dem Programm. Der umfangreiche Sekretariats-Service umfasst alle Aufgaben, die im Büro anfallen, dazu gehören unter anderem Schriftverkehr, Adressdaten-Abgleich, Seriendruck. Michaela Puchalla verbindet Ihre Arbeitsabläufe und ersetzt Ihre Fachkräfte im Urlaub sowie bei Krankheit oder wenn Sie noch gar keine eigenen Arbeitsabläufe haben, dann gestaltet sie diese für Sie. Individuelle PC-Schulungen sind ebenfalls ein gern genutztes Angebot.

Beide Unternehmen wachsen nun schon seit mehr als sechs Jahren beständig wie Bambus und das trotz Krisenzeiten. Vielleicht wirken die Elemente Humor, Lebensfreude, Einfühlungsvermögen und Begeisterung wie Dünger? Umso besser passt auch der neue Wirkungsort: grüner, bodennäher und nebenan die Spree.

Und weil die Zeit im UCW mit vielen kreativen Mitmieterinnen so förderlich war, halten wir gerne den Kontakt. Wir sagen Danke!

*Inga Beiersmann und
Michaela Puchalla*

**Das UCW im Internet
www.ucw-berlin.de**

kfd: Besuch aus Weißrussland



♦ Das Maximilian-Kolbe-Werk, zu dessen Gründungsmitgliedern die kfd gehört, hat im April dieses Jahres 14 Holocaustüberlebende aus Minsk zu einem Begegnungs- und Erholungsaufenthalt für zwei Wochen in das Caritasheim Bad Saarow eingeladen. Die Mehrzahl der jüdischen Gäste war das erste Mal in Deutschland und sie waren zunächst zurückhaltend. Die Erfahrungen mit Deutschen, die sie als Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene gemacht haben, waren brutal und erniedrigend. Viele leiden bis heute an den Folgen dieser Taten. Da ist zum Beispiel Arkadi. Er war bei Kriegsbeginn 13 Jahre alt. Seine ganze Familie wurde ins Minsker Getto eingewiesen. Von hier aus wurden Juden zu Massenerschießungen in die Wälder gebracht. Arkadi hat gesehen, wie Mutter, Vater, Geschwister und Großeltern erschossen wurden. Er lag unter den Toten und konnte sich nachts zu den Partisanen retten. Er war mit der Roten Armee bei der Befreiung Berlins dabei. Für ihn war der Besuch der Seelower Höhen ein wichtiger Ort, seiner toten Kameraden zu gedenken.

Begegnungen mit jungen Menschen sind für die Gäste sehr wichtig. Sie freuen sich über das Interesse an ihrem Leben und merken: unser Schicksal ist nicht vergessen. Für die Schülerinnen und Schüler des katholischen Gymnasiums Bernhardinum Fürstenwalde ist es eine sehr einprägsame Geschichtsstunde. Ein Berliner Mädchenchor erfreute die Gruppe mit Liedern. Ein anderer Abend, an dem alle zusammen fröhlich waren und sangen, war für die russische Seele sehr heilsam. Aus den vielen Ausflügen und Veranstaltungen ragte auch diesmal die Stadtrundfahrt durch Berlin mit der Führung durch den Reichstag heraus. Viele Begegnungen und Ausflüge haben unseren Gästen ein anderes Deutschland gezeigt, als das, was sie in ihrer Erinnerung hatten. Es sei ihr schönster Urlaub gewesen, sagte Nina, eine 84-jährige Ärztin. Sie wird über ihre guten Eindrücke in Minsk sprechen. Am letzten Abend sprach eine gläubige Jüdin ein Gebet für das jüdische Volk, das wir mit ihr beten wollen:

*Unser barmherziger Vater,
erbarme dich deines Volkes Israel,
errette das Volk vom Untergang.
Bewahre es von Unheil und nimm von ihm die Bedrohung.*

Ergieße dein Licht in die zerbrochenen Herzen der Waisen und Witwen, der Väter und Mütter, die ihre Kinder verloren haben.

Heile alle Verletzten und schenke deinem Volke Kraft, Mut und Hoffnung. Schenke den Völkern die Einsicht, dass der ewige Hass auf uns ihre Herzen verlässt.

Gib, dass sie Lügen dem Erkennen weichen.

Lenke die Menschheit zu Gerechtigkeit, Erbarmen und Mitleid für den Nächsten.

Schicke deinem Volke, das den Bund mit dir aufrecht erhält, die Erlösung. Erbarme dich über dein Volk und schenke ihm Frieden und Segen, Licht und Freude.

Text/Foto: Maria Lulkiewicz

Einladung nach England

♦ Als Vorsitzende des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur LV Berlin verbindet mich seit Jahren eine enge Freundschaft mit dem englischen Frauenbund Women's Total Abstinence Educational Union LTD. So erhielt ich auch in diesem Jahr eine Einladung zu einer dreitägigen Veranstaltung in Solihull bei Birmingham. Mit mir kamen Teilnehmerinnen aus Ägypten, Finnland, Indien, Schweden und Südafrika. Es sollte ein Erfahrungsaustausch stattfinden, was wir seit 2008 umsetzen konnten und was unsere Regierung an neuen Drogenprogrammen herausgegeben hat. An einer der Veranstaltungen nahmen auch die Mitglieder des englischen Frauenbundes teil. Diese fand am 5. September 2009 statt. Bei dieser Veranstaltung, die sehr christlich untermalt war, wurde die

ehemalige nationale Präsidentin und Weltpräsidentin Gwen Stretton, die Ende August ihren 90. Geburtstag gefeiert hat, geehrt. Ihr Alter hält sie nicht davon ab, noch immer ins Büro zu fahren. Bei der Würdigung wurde Dank ausgesprochen für die Hilfe und Unterstützung bei der Überwindung der Drogensucht. Dank dafür, dass es wieder ein normales Leben gibt und dass die Hinwendung zur christlichen Lehre für viele ausschlaggebend war, ihr Leben zu ändern. Aber auch die ausländischen Gäste berichteten über Erfolge, Veränderungen und dankten für die Einladung. Es waren drei Tage, an denen das Gemeinschaftsgefühl verstärkt wurde, Freundschaften wurden bekräftigt und Einladungen ausgesprochen. Ich danke Gwen Stretton, dass ich dabei sein durfte.

Anneliese Wolf

Trennung von Mutter und Baby unmenschlich

♦ Der Hebammenverband hat sich gegen die Trennung von Müttern und ihren Säuglingen im Strafvollzug ausgesprochen. Für eine verlässliche und liebevolle Mutter-Kind-Bindung brauche es mehr Mutter-Kind-Häuser in den Justizvollzugsanstalten, so der Hebammenverband Ende Juni. Diese Häuser wirkten frühkindlichen Entwicklungsstörungen entgegen, indem eine Trennung vermieden werde. „Manche Mütter im Strafvollzug müssen auch in ihrer Erziehungsfähigkeit gefördert werden, damit ihr Erziehungsverhalten dem Wohl des Kindes dient – auch nach der Haftzeit“, so Elke Pirrhus, Hebammenlandesvorsitzende von Thüringen.

Leipziger Erklärung

♦ Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) hat beim 9. Deutschen Seniorentag die Leipziger Erklärung verfasst. Darin bekennt sie sich zur Notwendigkeit nachhaltig angelegter Strukturen für bürgerschaftliches Engagement. Dazu gehören Mitgestaltungs- und Selbstorganisationsmöglichkeiten sowie Ressourcen für Infrastruktur, Qualifizierung und Begleitung.

Brandenburg: Unterstützung für Landesprogramm

♦ Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck und die Gleichstellungsbeauftragte des Landes, Sozialministerin Dagmar Ziegler (beide SPD), befürworten die Erstellung eines mit konkreten Maßnahmen unteretzten Landesprogramms zur Gleichstellungspolitik. Das teilten sie nach einem Meinungsaustausch mit den Sprecherinnen des Frauenpolitischen Rats Land Brandenburg am 22. Juni in Potsdam mit. Schwerpunkte des Treffens waren die Entwicklung eines Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms für das Land Brandenburg, die Stärkung der Position der Landes- und der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie die Unterstützung der frauenpolitischen Strukturen und Netzwerke im Land. Ein politisches Programm zur Gleichstellung biete die Möglichkeit, Pro-

Verleihung des Helga-Moericke-Preises 2009

♦ Am 3. September wurde zum ersten Mal der Helga-Moericke Preis für Soziales Lernen vergeben. Der Preis wird vom Verein frauen+schule Berlin/Brandenburg e.V. ausgelobt. Die Tätigkeit von Dr. Helga Moericke, die 2008 verstarb, soll hiermit geehrt und weitergetragen werden. Frau Dr. Moericke war Studienrätin und Frauenvertreterin in Reinickendorf und wurde vorgeschlagen für den Berliner Frauenpreis. Sie hat ein Konzept für Soziales Lernen für Jungen und Mädchen an Berliner Schulen entwickelt. Mit Fortbildungen und Supervision hat sie Lehrkräfte darin geschult, die Schüler in ihrer Entwicklung und im Aufbau von Selbstbewusstsein zu stärken: „Soziales Lernen ist eine Investition in die Zukunft der Kinder. Mädchen nehmen die eigenen Stärken – auch ihre Körperkraft – wahr und entwickeln sie. Sie lernen Grenzen zu ziehen, ihre Durchsetzungsfähigkeit zu steigern und sich für sich selbst einzusetzen. Die Jungen lernen, ihre Körperkraft zu kontrollieren, Grenzen anderer zu akzeptieren und Konflikte nicht mit den Fäusten aus-



zutragen, sondern darüber zu reden.“ Die Kinder und Lehrer der Jens-Nydahl-Grundschule in Kreuzberg haben sich mit ihrer Arbeit zum Aufbau sozialer und personaler Kompetenz gegen 30 Mitbewerber durchgesetzt. Die Schule hat das Soziale Lernen in den Alltag integriert, nicht nur die Projektwoche „Wer bist du?“ im Mai, sondern die Programmarbeit als fester Bestandteil der Schulwoche zeichnet diese Schule aus. Mit Trommel- und Theaterbegleitung wurde der Preis von der Schirmfrau, Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (Linke), überreicht. Neben der Urkunde erhielt die Schule 1.500 Euro Preisgeld. Die Schüler werden hiervon T-Shirts mit dem neuen Logo ihrer Schule erhalten. Die Vorsitzende des Vereins frauen+schule, Christin Grohn-Menard, bedankte sich bei den Mitwirkenden und auch bei den nicht ausgezeichneten Schulen. Der Helga-Moericke-Preis zeige die Vielfalt des Sozialen Lernens in den Berliner Schulen. Die Namensgeberin hätte sich gefreut.

Andrea Spangenberg

bleme zielgerichteter zu bewältigen und Erreichtes besser darzustellen, hieß es aus der Staatskanzlei. Einigkeit bestand mit dem Frauenpolitischen Rat darin, dass anknüpfend an bisherige Fortschritte ein abgestimmtes Agieren aller Ressorts erforderlich bleibt, ebenso wie die enge Kooperation mit Wirtschaftsverbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen auf Bundes- und kommunaler Ebene. „Mit ressortübergreifenden Landesprogrammen haben wir etwa in der Familien- und Kinderpolitik gute Erfahrungen gemacht und Erfolge verzeichnen können“, betonte Ministerpräsident Platzeck. Ulrike Häfner, 1. Sprecherin des Frauenpolitischen Rates, stellte nach dem Gespräch fest: „Für Gleichstellung und Chancengerechtigkeit wurde viel bewegt, aber noch zu wenig erreicht“.

Nach Einschätzung der Landespolitiker habe es sich aber bewährt, die Landesgleichstellungsbeauftragte dem Familienministerium zuzuordnen. Die hier für die Umsetzung von Gleichstellungspolitik vorhandenen Strukturen seien eine solide und zuverlässige Basis für deren Arbeit, betonte Ziegler. Sie sprach sich zudem dafür aus, den Strukturen der Frauen- und Familienverbandsarbeit auch künftig einen hohen Stellenwert beizumessen. Außerdem müsse der Frauenanteil bei der Besetzung von Führungspositionen, in Gremien und politischen Ämtern weiter erhöht werden. Auch bei den Teilhabechancen und mehr Bildungsgerechtigkeit für Mädchen und Jungen lägen Herausforderungen für die Zukunft.

sbr

40 Jahre Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Tortenanschnitt mit Ministerpräsident - der LFR Berlin gratuliert

♦ „Erfahrung ist unsere Mutter, Expertise unsere Lieblingstochter. Wir entwickeln Politik und fördern Frauen – aber komplett wird unsere Arbeit erst durch die Netze, die wir über das Land legen“, fasste die erste Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg, Angelika Klingel, in ihrer Begrüßung die Arbeit des Dachverbandes in den vergangenen vierzig Jahren zusammen. Den Entschluss zu seiner Gründung fassten die baden-württembergischen Frauenverbände 1969, nachdem bei den Landtagswahlen 1968 nur eine einzige Frau in den Landtag eingezogen war. Am 11. Juli 2009 waren die Gäste von fern und nah ins Haus der Wirtschaft in Stuttgart gekommen, um mit dem Landesfrauenrat sein 40-jähriges Bestehen zu feiern – damit ist der Dachverband im Südwesten Deutschlands genau zehn Jahre älter als der LFR Berlin und kann mindestens auf eine ebenso



Ministerpräsident Oettinger, Ministerin Dr. Monika Stolz und der Vorstand des Landesfrauenrats beim Anschneiden der Geburtstagstorte. Foto: Landesfrauenrat

spannende Geschichte zurückblicken. Seit seiner Gründung beteiligt sich der Landesfrauenrat aktiv am politischen Geschehen in Form von Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben, Anregung parlamentarischer Initiativen, Fachtagen, Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit. Ministerpräsident Günther H. Oettinger (CDU) würdigte diese ehrenamtliche Arbeit in seinem Grußwort: „Wir können auf die Qualifikation und die besonderen Fähigkeiten der Frauen nicht verzichten. Der Erfolg für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist davon abhängig, dass wir noch mehr qualifizierte Frauen für verantwortungsvolle Positionen gewinnen. Dem Landesfrauenrat ist es in seiner 40-jährigen Geschichte gelungen, wichtige Impulse für die Entwicklung der Gleichberechtigung in Baden-Württemberg zu geben.“ Die ehemalige Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, Brunhilde Raiser, zitierte in ihrem Grußwort die Gründerin der Frauenorganisation der CDU/CSU, Dr. Helene Weber: „Der

reine Männerstaat ist das Verderben der Völker!“ und erntete dafür viel Applaus. Verwirklichte Teilhabe sei ein Schlüsselwort für Gleichberechtigung und Gleichstellung und festige die Demokratie, so Raiser. In ihrem Festvortrag „Wozu Feminismus heute? Seine Wurzel und unsere Flügel“ schlug die bekannte Historikerin, Prof. em. Dr. Ute Gerhard, einen Bogen von den Anfängen der Frauenbewegung über die Strukturen von Frauenverbänden bis hin zu den „Alphamädchen“. Um Anliegen der Frauenpolitik durchzusetzen, müssten Frauen stärker als bisher Allianzen bilden. „Nur im Zusammenspiel von Politikerinnen, Feministinnen und Wissenschaftlerinnen kann Politik für andere umgesetzt werden“, betonte Gerhard. Solidarität müsse den Frauen gelten, die bisher keine Stimme hätten.

Am Nachmittag wurden die etwa 200 Jubiläumsgäste mit den Ergebnissen der Europa- und Kommunalwahlen 2009 konfrontiert. „Für Frauen mit we-

nigen Ausnahmen geradezu niederschmetternd: Von den kandidierenden Frauen wurde nicht einmal ein Viertel gewählt“, so Elke Erlecke, zweite Vorsitzende des LFR. Das Potenzial der nicht gewählten Frauen dürfe für die Politik nicht verloren gehen, betonte sie und sah auch den Landesfrauenrat am Zug. Unter dem Motto „Dialog der Generationen und Fraktionen“ erzählten vier gestandene Landespolitikerinnen, die in jeweils unterschiedlichen Jahrzehnten politisch Fuß gefasst und ein Landtagsmandat errungen hatten, von ihrem Werdegang: in den 1970er Jahren die ehemalige Sozialministerin Barbara Schäfer-Wiegand (CDU), in den 1980ern die ehemalige Familienministerin Brigitte Unger-Soyka (SPD), in den 1990er Jahren die Landtagsabgeordnete Heiderose Berthold (FDP) und im neuen

Jahrtausend die Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch (Bündnis 90/Die Grünen). Mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, aber ähnlicher Beharrlichkeit und einem hohen Maß an Glaubwürdigkeit hatten diese vier Politikerinnen als Pionierinnen einen Weg eingeschlagen, der sie zu wichtigen Gesprächspartnerinnen für den Landesfrauenrat machte, so Moderatorin und LFR-Vorstandsfrau Esther Peylo. Die kabarettistischen Seiten der Politik enthüllte abschließend die „Kanzlersouffleuse“ Simone Solga und widerlegte ein für allemal das Gerücht, Feministinnen seien humorlos. Der Gesang des Tages kam vom „Wunderbaren Frauenchor“ aus Stuttgart, der Wein ebenfalls aus Frauenhand.

Esther Peylo/sbr

**Der LFR Berlin
gratuliert recht herzlich
zu 40 Jahren
Engagement für
Fraueninteressen**

Angebote des DBfK

♦ Das „PraxisForum PflegeQualität“ des Berufsverbandes für Pflegeberufe greift stets Themen auf, die Theorie und Praxis von Qualitätsentwicklung und -management in der Pflege verbinden. In diesem Jahr lautet das Motto „Die Umsetzung von Expertenstandards in der Praxis“. Das Ziel: Experten und Praktiker zusammenzubringen, die über ihre Erfahrungen, die verschiedenen Strategien, Erfolge und Misserfolge berichten. Die Veranstaltung findet am 13. November 2009 im Audimax der Alice-Salomon-Hochschule in Hellersdorf, Alice-Salomon-Platz 5, statt. Um Anmeldung wird bis zum 30. Oktober gebeten.

Der Berufsverband lädt außerdem zum 3. Pflegesymposium „Wenn es schnell gehen muss: Die Notaufnahme“ in das Vivantes Klinikum Friedrichshagen ein, und zwar am Samstag, dem 21. November 2009, in der Zeit von 10 bis 16 Uhr. Eine verbindliche Anmeldung ist bis spätestens 7. November nötig beim DBfK Nordost e.V., Email: nordost@dbfk.de.

Internet-Infos zu den Terminen:
www.dbfk.de/regionalverbaende

LFR Sachsen-Anhalt: Zwei neue Projekte

♦ Sachsen-Anhalts Frauen gründen risikobewusster und erfolgreicher – aber immer noch deutlich seltener als Männer. Mit dem neuen Modellprojekt „juEx – Junge Existenzgründerinnen in Sachsen-Anhalt“ will das Wirtschaftsministerium des Bundeslandes junge Frauen aus den Bereichen Sozial- und Gesundheitswesen sowie Kreativwirtschaft auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen. Projektträger des Vorhabens ist der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt. Ebenfalls hat der LFR das vom Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt geförderte Netzwerk „Frauen und Gesundheit Sachsen-Anhalt“ auf den Weg gebracht. Das Netzwerk unterstützt Multiplikatorinnen vor Ort zum Thema Frauengesundheit.

Infos www.frauengesundheit-lsa.de im Internet.

www.lfr-berlin.de

Brandenburgische Frauenwoche 2010

♦ Der Beirat Brandenburgische Frauenwoche unter Federführung des Frauenpolitischen Rats hat als Motto für die 20. Brandenburgischen Frauenwoche „Wir unternehmen was – weiblich wirtschaften und solidarisch handeln“ festgelegt. Themenschwerpunkte werden sein: Armut und Existenzsicherung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge, Schutz natürlicher Ressourcen, sanfter Tourismus, fairer Handel, Frauengeschichte und Gender Mainstreaming. Hintergrund für diese Auswahl ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Kernzeit der 20. Brandenburgischen Frauenwoche

ist vom 4. bis 14. März 2010, die landesweite Auftaktveranstaltung ist am 4. März.

Lust auf die neue macht die Dokumentation der alten Frauenwochen, die jetzt erschienen ist. Die Publikation „Frauenpolitik im Spiegel der Macht – Accessoire oder Motor der Entwicklung?“ zur 19. Brandenburgischen Frauenwoche enthält neben den Ergebnissen der Auftaktveranstaltung vom 5. März 2009 auch eine Auswahl von Berichten weiterer Veranstaltungen und Aktionen. Die Broschüre kann unter www.frauenrat-brandenburg.de in der Rubrik Publikationen herunter geladen werden.

Projekt für Wiedereinsteigerinnen

♦ Der Verein Goldnetz hat im September das Projekt „PEB-Erfolgs-Netz“ gestartet: Ziel ist, die berufliche Situation von Frauen, insbesondere von Wiedereinsteigerinnen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu verbessern. Für Frauen, die nach einer beruflichen Auszeit wieder in den Beruf eingestiegen sind, wird ein spezielles Begleitprogramm und Mentoring angeboten. Zum Angebot gehören auch Qualifizierungsbedarfs-

analysen für Unternehmen im Bezirk, um die Weiterbildungspotenziale weiblicher Beschäftigter zu erschließen und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen. Das Projekt hat eine Laufzeit von zwei Jahren und wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des JobCenters Charlottenburg-Wilmersdorf gefördert.

Interessierte finden unter www.goldnetz-peb.de **Informationen.**

Frauenkriminalität und Frauenvollzug

♦ In der Bundesrepublik spielt die Kriminalität und die Strafverfolgung von jungen Mädchen und Frauen statistisch gesehen nur eine marginale Rolle. Der Frauenstrafvollzug ist ein Randthema, das selten im Focus der politischen Verantwortlichen, der Justizverwaltungen und der Öffentlichkeit steht. Geschlechtsspezifische Auswirkungen von Maßnahmen des Strafvollzugs werden in der Regel nicht geprüft. Wie aber sieht die Realität im deutschen Frauenstrafvollzug und in der JVA für Frauen in Berlin aus? Inwiefern finden geschlechtsspezifische Erfordernisse Berücksichtigung in der Vollzugsgestaltung vor Ort sowie in den gesetzlichen Regelungen zum Strafvollzug?

Diese Fragen und mehr stehen bei der Veranstaltung „Frauenkriminalität

und Frauenvollzug in Deutschland“ am Mittwoch, dem 30. September 2009, um 18.30 Uhr im Mittelpunkt, zu der der Berliner Frauenbund 1945 e.V. einlädt. Referentin ist die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauenvollzug – Dr. Helga Einsele e.V., Gabriele Grote-Kux. Die Diplom-Pädagogin und Diplom-Sozialarbeiterin war langjährige Vollzugsleiterin und stellvertretende Anstaltsleiterin der Berliner Frauenhaftanstalt und ist seit 2006 als Referentin in der Senatverwaltung für Justiz.

Die Veranstaltung findet in den Räumen des Berliner Frauenbundes, Ansbacher Straße 63, 10777 Berlin, statt.

Internet-Info: www.berliner-frauenbund.de



Der Verein NIKE Polnische Frauen in Wirtschaft und Kultur e. V. zeigt in der Beletage bei VOX Möbel, Genthiner Straße 36, 10785 Berlin, diesmal Malerei von Barbara Hübner. Die „Berliner Begegnungen“ sind noch bis 30. September montags bis freitags von 10 bis 19 Uhr und sonnabends von 10 bis 18 Uhr zu sehen.

DF-Fachtagung „Brutal normal?“

♦ Horrorfilme im Fernsehen, Hinrichtungen im Internet, Prügelszenen auf dem Handy, Hardcore-Pornos auf DVD, sexuelle Belästigung im Chatroom, Aufruf zur Vergewaltigung in der Hip-Hop-Musik... Beim Thema Gewalt und Frauenverachtung in den Medien stehen solche Beispiele ganz oben. Sie sind aber nur die Spitze des Eisberges, denn tatsächlich stehen die Medien unter dem Generalverdacht, zur Steigerung von Brutalität und deren Normalisierung ursächlich beizutragen. Hier setzt die Fachtagung „Brutal normal? Gewaltverherrlichung und Frauenverachtung in den Medien – Bestandsaufnahmen

und Strategien der Bekämpfung“ an, die der Deutsche Frauenrat am 16. Oktober 2009, in der Zeit von 10.30 bis 17.30 Uhr im Verbändehaus, Am Weidendamm 1A in 10117 Berlin, veranstaltet. An aktuellen Beispielen aus unterschiedlichen Bereichen will sie zur differenzierten Betrachtung des Themas beitragen. Der DF setzt damit einen Beschluss seiner Mitgliederversammlung 2008 um. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Deutschen Werberat statt. Interessierte können sich bis zum 25. September 2009 anmelden.

Mehr Informationen unter www.frauenrat.de **im Internet.**

Soroptimist International Förderpreis

Die Deutsche Union von Soroptimist International hat jetzt wieder ihren Förderpreis ausgeschrieben. Der Preis würdigt Verdienste um die Verbesserung der Stellung der Frau in der Gesellschaft. Das Engagement soll besonders darauf abzielen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen, Frauen in technischen und nicht traditionellen Frauenberufen zu fördern, die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf zu verbessern sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzutreiben. Der Förderpreis ist mit 20.000 Euro dotiert und wird am 8. März 2010 verliehen. Vorschläge können eingereicht werden bei: Soroptimist International Deutschland, Geschäftsstelle, Seelhorststraße 51, 30175 Hannover. **Mehr Infos und Formular unter:** www.soroptimist.de

Aktuelle Termine
Tipps und Veranstaltungen

www.lfr-berlin.de

**Meine Güte, wer hätte
das gedacht?!
Es war ein
Wahnsinns-Wettkampf,
eine Stimmung
im Stadion
- unbeschreiblich!**

**Betty Heidler,
Vizeweltmeisterin im
Hammerwerfen
Berlin 2009**

Aus dem Programm der
Staatsbürgerinnen

15. September 2009 um 18 Uhr

**Die friedliche Revolution in
Berlin 1989-2009**

Referent: Dr. Jens Schöne, Mitarbeiter des Landesbeauftragten über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Gutshaus Steglitz, Schloßstraße 48

17. Oktober 2009 um 13 Uhr

Polnischer Nachmittag

Zur Einstimmung auf die Krakau-Reise im Mai 2010 berichten Frauen des Vereins NIKE Polnische Frauen in Wirtschaft und Kultur e.V. über das Leben der Frauen in unserem Nachbarland Polen. Kostenbeitrag inklusive eines typischen polnischen Menüs 12 Euro. Anmeldungen: 600 84 108.
Bibliothek, Tempelhofer Damm 4

26. Oktober 2009 um 18 Uhr

„Wie es damals war ...“

Erinnerungen an den 9. November 1989, Moderation: Hella Weingart.
Bibliothek, Tempelhofer Damm 4

14. November 2009 um 11 Uhr

Ehrung Frau des Jahres 2009

Ausgezeichnet wird Helga Niebusch-Gerich, Gründungsvorsitzende der Frauenbrücke Ost-West e.V.
Infos: www.staatsbuerginnen.org

Einladung zum Festakt
„30 Jahre LFR - Frauen bewegen Berlin“

Montag, 16. November 2009, 18 Uhr
Berliner Rathaus

Grußworte
Staatssekretärin Prof. Barbara Kisseler,
Chefin der Senatskanzlei
Harald Wolf (Die Linke),
Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen
Marlies Brouwers,
Vorsitzende des Deutschen Frauenrates

**„Das Prinzip Partnerschaftlichkeit
Mit den Frauen aus der Krise“**
Festvortrag von Prof. Dr. Gesine Schwan



Ihre Spende für unser Jubiläumsjahr!

Landesfrauenrat Berlin e.V.
Kontonummer 600 487 00 16
Pax Bank eG - BLZ 370 601 93
Verwendung: Jubiläum 2009

Der LFR Berlin ist als gemeinnützig anerkannt
und Spenden von der Steuer absetzbar.

30 Jahre 
LandesFrauenRat **Berlin e.V.**